

## **9 »Wenn am Anfang nicht das Ende steht, wird das Neue immer das Alte sein«**

### Kollektive Identität in Debatten um Organisationsformen und Strategien

---

Eine zentrale Frage, die die autonome Szene immer wieder beschäftigt, ist die Frage nach der angemessenen Organisationsform.<sup>1</sup> Dabei geht es insbesondere darum, was genau unter Autonomie zu verstehen ist, was autonome Politik ausmacht und wie sie sich vor veränderten politischen und gesellschaftlichen Hintergründen darstellt. Gleichzeitig wird ausgehandelt, welche politischen Ziele verfolgt werden sollen; außerdem wird in diesem Kontext um ›richtige‹ und ›falsche‹ Strategien und Mittel zur Verfolgung der eigenen Ziele gestritten. Beispielsweise wird debattiert, ob Massenmobilisierung oder klandestine Kleingruppen anzustreben seien. Kurz: In den Debatten um Organisationsformen und -strategien beschäftigen sich die Autonomen regelmäßig mit den grundsätzlichen Fragen ihres Politikansatzes.

Auffallend ist dabei insbesondere, dass so deutlich wie in kaum einem anderen Themenfeld immer wieder von den Akteuren selbst gefordert wird, ein Bewusstsein für die eigene Geschichte und eine intensivere Beschäftigung mit den gemachten Fehlern und Erfahrungen zu entwickeln. Der Wunsch, dass die eigene Bewegung offener für Lernprozesse sein soll und nicht jede neue Generation die Fehler ihrer VorgängerInnen wiederholen muss, wird so explizit wie selten formuliert.

In diesem Kapitel sollen vier Themenstränge näher betrachtet werden, in denen Fragen der Organisationsformen diskutiert werden. Zunächst sollen konkrete Versuche bzw. Formen untersucht werden, mit denen die linksradikale Szene die Reflektion über die eigenen Organisationsformen vorantreiben will. Zu den diskutierten Formaten zählen insbesondere die Autonomen Kongresse und Autonome Vollversammlungen.

---

<sup>1</sup> Vgl. für einen Überblick Deycke, Alexander; Micus, Matthias (2020): Die Radikale Linke und die Organisationsfrage. In: Brahim Ben Slama und Uwe Kemmesies (Hg.): Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend. Wiesbaden, S. 142-150. Einen konkreten Debattenverlauf zur Frage nach Organisationsformen analysiert Sebastian Haunss anhand der sog. »Heinz-Schenk-Debatte«, vgl. Haunss 2004, S. 135-149.

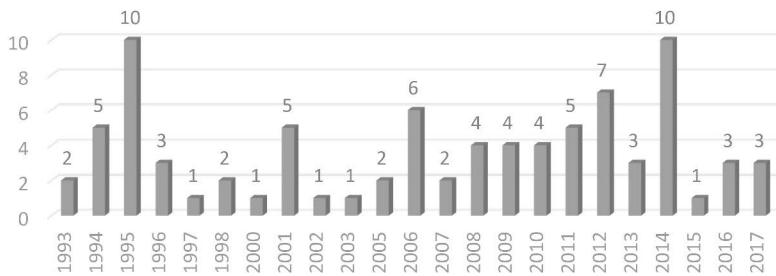
Diese werden in regelmäßigen Abständen organisiert, um dort grundsätzliche Positionen auszutauschen und über allgemeinere Fragen zu diskutieren. Im ersten Teil dieses Kapitels sollen daher die Debatten, die sich aus der Vor- und Nachbereitung dieser Treffen, Versammlungen und Kongresse ergeben, nachgezeichnet werden.

Neben diesen festen Anlässen werden Organisationsfragen oftmals auch im Zusammenhang mit konkreten Aktionsformen diskutiert. Insbesondere die klassischste Ausdrucksform linker Politik, die Straßendemonstration, steht immer wieder im Zentrum von Debatten. Anhand von Auswertungen von Demonstrationen sollen beispielsweise zukünftig taktische und strategische Fehler vermieden werden, gleichzeitig wird wiederholt darüber gestritten, ob bestimmte Demonstrationsformen und Rituale noch zeitgemäß sind und welche Ziele mittels Demonstrationen eigentlich verfolgt werden sollen. Die Auseinandersetzungen um diese konkrete Aktionsform sollen im zweiten Teil analysiert werden.

Zwei weitere Themen werden im Anschluss kurz skizziert: Zum einen wird in der Debatte über sogenannte BewegungsmanagerInnen herausgearbeitet, wie die linksradikale Szene mit der Herausbildung von Machthierarchien und Führungscliquen innerhalb der eigenen Strukturen umgeht. Zum anderen wird genauer beleuchtet, welche Ursachen die AktivistInnen selbst für das massenhafte Ausscheiden vieler ehemaliger GenossInnen aus der linksradikalen Szene ausmachen. Auch in diesen Debatten wird eine mangelnde Lernfähigkeit beklagt, die es allen Angehörigen schwer mache, ein dauerhaftes politisches Engagement innerhalb der eigenen Strukturen zu verfolgen.

*Abb. 9: Debattenbeiträge im Themenfeld Organisationsdebatte*

### Beiträge Organisationsdebatte 1993–2017



Quelle: eigene Darstellung

Bei einem genaueren Blick auf die zeitliche Verteilung der Debattenbeiträge im Themenfeld der Organisationsfragen fällt auf, dass es sich hier um eine Mischform handelt. Zum einen zieht sich ein relativ konstantes (aber niedriges) Level von Beiträgen über den gesamten Untersuchungszeitraum, zum anderen gibt es einige Jahre, in denen intensivere Debatten geführt werden. Dies sind beispielsweise Jahre, in denen Autonome Kongresse vorbereitet werden und stattfinden oder sich fokussierte Diskussionen

entwickeln, die sich an einem Großereignis wie dem G8-Gipfel in Heiligendamm entzünden. Dennoch finden sich in diesem Themenfeld nicht selten auch solche Debatten, die ohne einen ganz konkreten Anlass geführt werden, beispielsweise über neue Demonstrations- und Aktionsformen. Diese Überlegungen werden eher aus einem latenten Frustrationsgefühl heraus gestartet, als dass es einen klar benennbaren Auslöser als Initialzündung gäbe. Entsprechend verlaufen sie weniger eskalativ, sondern werden zum Teil über einen längeren Zeitraum hinweg mit sporadischen Beiträgen fortgesetzt.

## 9.1 »... und der Kongress tanzte doch.« – Autonome Kongresse und Vollversammlungen

Im Jahr 1994 entsteht die Idee, einen bundesweiten Kongress für autonome Politik in Berlin zu veranstalten. Hintergrund ist eine gewisse Orientierungslosigkeit, die die linksradikale Szene nach der Wiedervereinigung erfasst habe. Die OrganisatorInnen bemerken eine um sich greifende Ratlosigkeit, warum anders als in den 1980er Jahren weniger Massenmobilisierungen gelängen, warum manche Kampagnen stagnierten und wie sich eine radikale Linke überhaupt gegenüber einem wiedervereinigten, wiedererstarkten deutschen Staat verhalten solle. Teilweise werde ein diffuses Verlangen nach Aufbruch artikuliert; immer wieder sei beispielsweise die Kritik zu vernehmen, dass bestimmte Aktionsformen aus den 1980er Jahren nicht mehr zeitgemäß seien, ohne aber konkret zu benennen, was genau diese Formen für gegenwärtige und zukünftige Politik disqualifiziere, und ohne alternative Konzepte vorzulegen. Vor diesem Hintergrund erhofft sich die Vorbereitungsgruppe für den Kongress:

»Wir wollen auf dem Kongreß die Erfahrungen und Analysen der autonomen Bewegung der letzten Jahre diskutieren und über mögliche neue Wege und Kampfformen reden. [...] Wir glauben nicht, daß wir auf dem Kongreß sofort die Lösung finden werden. Aber wir wollen den länger andauernden Prozeß der Suche nach einer neuen revolutionären Utopie und Praxis mit dem Kongreß endlich zusammen beginnen.«<sup>2</sup>

Notwendig sei eine schonungslose Aufarbeitung der Erfahrungen, Fehler und Erfolge der letzten Jahre. Allerdings sei der Fokus dieser Aufarbeitung heftig umstritten: Einerseits werde gefordert, den eigenen subjektiven Politikansatz zu reflektieren und somit bei sich selbst und der Politik der ersten Person anzusetzen. Andererseits werde diskutiert, dass man mit einer Analyse der veränderten gesellschaftlichen und globalen Verhältnisse beginnen müsse, um die Gegner und Bezugspunkte der eigenen Kämpfe besser zu verstehen. Ohne diese Analyse drohe die Gefahr, bei selbstbezüglichen und ergebnislosen Reflektionen stehenzubleiben. Dennoch fordern die AutorInnen, die eigene autonome Subjektivität als Stärke anzuerkennen und daran festzuhalten. So sei beispielsweise auch der Rückzug in die Nischen autonomer Kultur keine Selbst-Ghettoisierung – im Gegenteil: Hier würden neue Werte und Normen entstehen, die wiederum Rückwirkungen auf die Gesellschaft entfalten könnten. Auch die Sensibilität

<sup>2</sup> O.A.: Einladung zum bundesweiten Kongress-Vorbereitungstreffen »Autonome auf dem Weg ins 21. Jahrhundert/GrundRisse autonomer Politik«. In: Zeck 26\_1994, S. 16f., hier S. 16.

der autonomen Bewegung für unterschiedliche Formen von Herrschaftsverhältnissen sei eine wichtige Stärke, weil sie eine konstruktive Zusammenarbeit mit ganz unterschiedlichen Gruppen ermögliche – eingeschlossen Bewegungen, die nicht unmittelbar zur Szene gehören oder sich selbst nicht als autonom definieren würden. Entscheidend sei daher, die eigenen Projekte und Strukturen so zu gestalten, dass sich andere Gruppen mit ihren eigenen Zielen und Konflikten darin wiederfinden könnten. Dabei seien aber noch etliche Hürden zu überwinden:

»Es fehlen Antworten auf die Frage nach den von vielen als überholt erklärten Formen der autonomen (Selbst-)Organisation und militanter Politik. Es fehlen Antworten auf die Frage, ob wir ›von uns selbst ausgehend‹ eine neue Subjektivität finden können, während wir in einer fremdbestimmten Gesellschaft leben.«<sup>3</sup>

Die OrganisatorInnen weisen die an sie herangetragene Forderung, klar zu benennen, wer an dem Kongress teilnehmen soll und wer nicht, zurück. Statt eines Ausschlusskataloges wolle man lieber einige positive Eckpunkte formulieren, die eine möglichst große Offenheit und Anschlussfähigkeit für progressive Kämpfe beinhalten. Insbesondere für die Gruppen, die sich nicht als autonom begreifen, wolle man möglichst einfache Zugänge schaffen, beispielsweise für Frauen-, MigrantInnen- und Politgruppen aus der ehemaligen DDR. Ein wichtiger Teil des Kongresses sei außerdem die Diskussion im Vorfeld, denn die Organisationsgruppe wolle vermeiden, zu viel von den Inhalten und der Arbeitsweise von vornherein festzulegen. Stattdessen fordere man alle Interessierten auf, sich in die Planung, die Vorbereitung und natürlich beim Kongress selbst einzubringen.

Tatsächlich entstehen in der Folge in mehreren Städten Vorbereitungstreffen, bei denen unterschiedliche Gruppen zusammenkommen, um über den Kongress und die inhaltlichen Schwerpunkte zu diskutieren. Sehr schnell zeigen sich dabei Spannungslinien, die die autonome Bewegung durchziehen: Auf dem ersten Treffen in Halle wird beispielsweise ein latenter West-Ost-Konflikt deutlich. Zum einen hätten die AktivistInnen aus den westdeutschen Städten eher Interesse an der Diskussion von Grundsatzfragen, diejenigen aus dem Osten hingegen wollten lieber über praktische Probleme sprechen. Zum anderen sei auch die fehlende gemeinsame Geschichte ein Problem: »Unter den Schwierigkeiten, die sich in der Diskussion auftaten, war die zwischen (jungen) OstlerInnen und (älteren) WestlerInnen besonders augenfällig. Die Begrifflichkeiten und auch der ständige Bezug auf gemeinsame politische Geschichte, der aber von den anderen nicht nachvollzogen werden konnte, führte zu VerständigungsbARRIEREN.«<sup>4</sup> Zusätzlich zeige sich hier also auch noch ein Generationenkonflikt, der sich teilweise mit dem Ost-West-Thema überlagere, teilweise aber auch unabhängig davon aufgefalten sei.

Ein weiterer Konflikt, der sich bereits während der Vorbereitung zeigt, ist die Frage nach gemischtgeschlechtlichen oder separaten Organisationsstrukturen. Einige Hamburger Männer planen auf dem Vorbereitungstreffen, eigene Männerstrukturen für den

3 O.A.: Einladung, S. 16.

4 O.A.: Der Weg ins 21. Jahrhundert ist holprig aber nicht hoffnungslos. Protokoll vom Kongressvorbereitungstreffen. In: Zeck 28\_1994, S. 18f., hier S. 18.

Kongress einzurichten, was bei den ohnehin in der Minderheit teilnehmenden Frauen auf Kritik stößt:

»An der Stelle zogen wir Frauen (es waren noch sechs) raus, um die merkwürdige Situation zu diskutieren, daß in einer patriarchal beherrschten Gesellschaft und einer völlig Männer-dominierten Kongreßvorbereitung die Wichtigkeit exklusiver Männerstrukturen ständig betont wurde, während die Frauen mangels Masse gar keine Chance haben, sich als Frauen zu organisieren.«<sup>5</sup>

Letztlich spricht sich die Vorbereitungsgruppe dennoch für einen gemeinsamen Kongress aus, der Frauen und Männer, Alte und Junge und OstlerInnen und WestlerInnen zusammenbringen solle. Zum Ende des Treffens hätten die meisten TeilnehmerInnen betont, dass sie die aufbrechenden Konflikte und die Diskussionen darüber insgesamt als produktiv empfunden hätten und dass auch diese Auseinandersetzungen auf dem Kongress weitergeführt werden sollten.

Im Laufe des Jahres nimmt der Kongress allmählich eine konkretere Gestalt an. Wie *Einige aus der Kongressvorbereitung* in Hamburg betonen, solle er sich an eine breit gefasste undogmatische Linke richten und eben auch diejenigen Gruppen ansprechen, die sich selbst nicht zwangsläufig als Autonome sehen (was z.B. bei vielen ostdeutschen Gruppen der Fall sei). Das Programm des Kongresses werde dann aus drei Aspekten bestehen: erstens einer Aufarbeitung der eigenen Geschichte, zweitens einer aktuellen Situationsbestimmung und drittens einem Ausblick in die Zukunft. Diese zeitlichen Ebenen sollen außerdem mit einer Reflektion über die eigene kollektive Identität verbunden werden: »Bei allen drei Aspekten stellt sich die Frage, was uns verbindet und was uns trennt: also wo, wie und mit wem wir zusammenarbeiten können und müssen und was warum zu Trennungen und Spaltungen geführt hat.«<sup>6</sup>

Schon während der Vorbereitung zeigen sich in Hamburg einige Grundprobleme autonomer Politik, die auch die allgemeine politische Arbeit erschweren. Nach anfänglicher Euphorie und großem Interesse für eine lokale Kongressvorbereitung habe das Engagement innerhalb weniger Monate stark nachgelassen, was aber weniger am konkreten Thema, sondern vielmehr an grundsätzlichen Problemen der Autonomen gelegen habe. Die Bewegung sei nicht mehr in der Lage, verschiedene Themenschwerpunkte zusammenzubringen.

»Die Gründe dafür sind vielschichtig und reichen von verschiedenen politisch begründeten Abspaltungsprozessen über jahrzehntealte politische und persönliche Feindschaften, Desinteresse an politischer Auseinandersetzung bis hin zu ganz banaler Arbeitsüberlastung einzelner noch Verbliebener. Im Kern geht es dabei immer wieder um die spätestens seit Mitte/Ende der 80er Jahre einsetzende Tendenz der Spaltung und des Zerfalls der autonomen Bewegung in immer mehr und immer kleinere Gruppen und Grüppchen.«<sup>7</sup>

5 O.A.: Der Weg ins 21. Jahrhundert, S. 19.

6 Einige aus der Kongressvorbereitung: Autonomie Kongress der undogmatischen linksradikalen Bewegung. In: *Zeck* 32\_1994, S. 22f., hier S. 22.

7 Einige aus der Kongressvorbereitung, S. 23.

Hinzu komme das weitere grundlegende Problem, dass der autonomen Bewegung ein gemeinsames Ziel fehle: Die politischen Kampagnen seien größtenteils reaktive Abwehrkämpfe, egal, ob sie sich gegen Rassismus, Nationalismus oder staatliche Repression richteten. Ihr gemeinsames Merkmal sei, dass ihnen der Anspruch fehle, einen gesellschaftlichen Gegenentwurf zu formulieren. Dies sei speziell ein Problem der Antifa-Arbeit, die zwar ohne Frage notwendig und wichtig sei, aber keinerlei inhaltlichen Impulse jenseits bloßer Abwehrkämpfe setze.

Parallel zur diffusen Zielvorstellung habe sich auch die eigene Szene und das soziale und politische Umfeld weiter aufgelöst. »Im Grunde befinden wir uns in der paradoxen Situation, viele der Freiräume erkämpft oder bekommen zu haben, diese aber nicht mehr mit Inhalten füllen zu können.«<sup>8</sup> Die eigenen Räume und Strukturen seien immer weniger Orte politischer Auseinandersetzungen und Aktionen, sondern würden von vielen nur noch passiv als Ausgehmöglichkeit konsumiert.

Das Problematische an dieser Entwicklung sei zwar erkannt worden, ein Lösungsvorschlag falle allerdings schwer:

»Das soll jetzt kein Plädoyer für die neue Einheit unter den Linken sein. Viele Trennungen und Spaltungen waren und sind politisch sinnvoll und in manchen Fällen sicher die einzige Möglichkeit. Dennoch müssen wir uns dem Problem stellen, trotz der unterschiedlichen Verhältnisse, in denen wir zueinander stehen, eine übergreifende Perspektive linker Politik zu entwickeln.«<sup>9</sup>

Auch wenn vom Kongress nicht erwartet werden könne, eine klare Antwort auf dieses Problem zu finden, sei er doch eine wichtige Chance, die Diskussion darüber endlich gemeinsam zu starten.

Die Agenda für den Kongress wird im weiteren Verlauf der Planungstreffen leicht modifiziert, sodass sich folgendes Programm ergibt:

»Es sieht nun drei Fragekomplexe für die ersten drei Kongreßtage vor: 1. Autonomie: Geschichte, Aktualität und Zukunft einer Gesellschaftsvorstellung und eines Politikansatzes; 2. Die Trennungslinien der Linken – Differenzierungen, Brüche, Spaltungen; 3. Gibt es (revolutionäre) Perspektiven autonomer Politik?«<sup>10</sup>

Vom Programmpunkt der Trennungslinien erhoffe man sich nicht, die Widersprüche und Konflikte in der Linken einfach zuzukleistern, sondern es solle darum gehen, eine Diskussion, einen Dialog oder auch einen Streit zwischen den verschiedenen Strömungen möglich zu machen.

Wie schwierig eine Aushandlung innerhalb der autonomen Bewegung sein kann, zeigt sich bereits während der Vorbereitung sehr eindrücklich. So kritisieren beispielsweise mehrere TeilnehmerInnen der Vorbereitungstreffen die mangelnde Offenheit für Diskussionen über grundlegende Fragen.

---

<sup>8</sup> Einige aus der Kongressvorbereitung, S. 23.

<sup>9</sup> Ebd.

<sup>10</sup> O.A.: Autonomie Kongreß der undogmatischen linksradikalen Bewegung. In: Zeck 34\_1995, S. 19f., hier S. 19.

»So wurde immer wieder vehement versucht, die inhaltliche Diskussion um die Tagesordnung oder um das Verständnis von Begriffen (wie ›Organisationsdebatte‹, ›Spaltungslinien‹, ›Autonome Kultur‹, ›Autonomie‹), die im Zusammenhang mit der Tagesordnung auftauchten, generiert als störend abzuweisen und zwar mit dem Hinweis auf Zeitdruck/organisatorische Sachzwänge.«<sup>11</sup>

Die KritikerInnen beschweren sich darüber, dass einige Punkte, beispielsweise das Programm, bereits auf einem anderen Planungstreffen festgelegt worden seien und haben kein Verständnis für die Bemühungen anderer OrganisatorInnen, jetzt auf diesen Plänen aufzubauen. »Das Aussitzen von Themen, sie an andere Orte, andere Gruppen zu verlagern, auf Antworten an anderer Stelle oder einer anderen Person und auf Sachzwänge zu verweisen, sind Repertoires bürgerlicher Machtpolitik und uns zur Genüge zuwider.«<sup>12</sup> Dieses gibt zumindest einen vagen Eindruck von den Schwierigkeiten, die eine verbindliche Vorbereitung eines Kongresses mit etlichen, unabhängig voneinander tagenden Vorbereitungstreffen mit stets wechselnden TeilnehmerInnen mit sich bringt.

Auch der Aufruf, mit dem im Frühjahr 1995 für den Kongress in Berlin mobilisiert wird, betont die Ratlosigkeit der eigenen Bewegung, die insbesondere nach dem Zusammenbruch des Sozialismus und der scheinbaren Alternativlosigkeit des Kapitalismus um sich greife: »Wir können zwar meistens sagen, wogegen wir kämpfen, aber nur schwer, was die Ziele unserer Kämpfe sind.«<sup>13</sup> Sehr deutlich wird aber das Festhalten an der Politik der ersten Person. Der Kampf für eine andere Gesellschaft und die Umsetzung dieses Kampfes im eigenen Leben und Alltag könnten nicht unabhängig voneinander gedacht werden:

»Wir können uns selbst nur befreien, indem wir die Gesellschaft kämpferisch verändern. Und wir können die Gesellschaft nur verändern, indem wir selbst einen radikalen und kämpferischen Alltag leben. Weg und Ziel sind nicht voneinander zu trennen, sie durchdringen und bestimmen sich wechselseitig.«<sup>14</sup>

Allerdings – hier zeigen sich auch die Erfahrungen aus den Debatten um Sexismus in der Linken – sei ausgeschlossen, dass man sich selbst lediglich aus eigener Anstrengung von der eigenen Sozialisierung und der umgebenden Gesellschaft emanzipieren könne. Nur in einer kämpferischen, kritischen und solidarischen Gemeinschaft sei die Chance auf wirkliche Veränderung noch vorhanden. Der Kongress wird auch hier als Möglichkeit gesehen, eine Debatte über Ziele und Strategien anzustoßen. Es sei an der Zeit,

»das Ziel deutlicher zu formulieren, offene, herrschaftsfreie Kollektivität auf der Basis von Autonomie! Wir wissen nicht, ob die Voraussetzungen dafür eher in neuen Formen der Organisierung liegen oder ob wir vor allem andere emanzipatorische und revolu-

<sup>11</sup> O.A.: An die TeilnehmerInnen des Vorbereitungstreffens für den ›Autonomen Kongress‹. In: Zeck 35\_1995, S. 24.

<sup>12</sup> Ebd.

<sup>13</sup> O.A.: Aufruf zum Autonomie-Kongress, Ostern 95 in Berlin. In: Zeck 36\_1995, S. 6f., hier S. 6.

<sup>14</sup> Ebd.

tionäre Gesellschaftsentwürfe brauchen. Mag sein, daß wir auch einfach erstmal die alten Wahrheiten richtig verstehen müssen, eh wir uns neue ausdenken.«<sup>15</sup>

In jedem Fall müsse der Anspruch der Autonomen aber sein, »nicht nur die herrschenden, sondern auch unsere eigenen Verhältnisse zum Tanzen zu bringen.«<sup>16</sup>

Insgesamt verschieben sich die Erwartungen an den Kongress zumindest aus Sicht der Vorbereitungsgruppe nochmals deutlich: Anders als ursprünglich erhofft, stellt sich in Hamburg sowie in den meisten anderen Städten relativ schnell heraus, dass die Vorbereitungstreffen keineswegs eine inhaltliche Diskussion in den lokalen Kontext verschieben können. Ein Teil der Vorbereitungsgruppe in Hamburg beschreibt, wie die angedachte basisdemokratische Vorbereitung an einem rapide nachlassenden Interesse der jeweiligen lokalen Strukturen gescheitert sei, obwohl zu Beginn viele Gruppen gehofft hatten, sich auf diese Weise besser kennenzulernen und eventuell effektiver gemeinsam handeln zu können.

»In anderen Städten verlief die Vorbereitung ähnlich wie in Hamburg. Auch dort saß bald nur noch ein kleiner, nicht repräsentativer Teil der autonomen Bewegung zusammen. Diese Tatsache führte dazu, daß auf dem bundeweiten Treffen in Erfurt im November 94 gemeinsam festgehalten wurde, daß die ursprüngliche Kongreßidee mit einer Gewichtung auf der inhaltlichen Vorbereitung in den einzelnen Städten gescheitert war.«<sup>17</sup>

Dennoch wolle man grundsätzlich am Kongress festhalten u.a. weil man sich von den Diskussionen dort wichtige Anregungen erwarte, die eventuell eine längerfristige Nachbereitung in den einzelnen Städten anstoßen könnten. Anzustreben sei ein stärkerer Austausch untereinander, um gemeinsam die Ursachen der Krise zu ergründen und aus den bislang gemachten Fehlern etwas für die Zukunft zu lernen. Andernfalls drohe die Gefahr, der Krise der autonomen Bewegung mit zunehmender Sprachlosigkeit und Apathie zu begegnen:

»Auch wir selbst haben Kritik an autonomer Politik, und genau deshalb finden wir es wichtig, diese umfassend mit möglichst vielen Gruppen gemeinsam zu diskutieren. Nur so ist es möglich, daß sich die autonome (oder allgemeiner: die radikale) Linke weiterentwickelt, daß Neues möglich wird und die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden. [...] Wenn wir im 21. Jahrhundert so richtig groß rauskommen und den Schweinen das Fürchten lehren wollen, müssen wir jetzt in die Gänge kommen ..., oder: Wenn am Anfang nicht das Ende steht, wird das Neue immer das Alte sein.«<sup>18</sup>

Der Kongress findet letztlich wie geplant Ostern 1995 in Berlin statt; lediglich die Räumlichkeiten müssen kurzfristig gewechselt werden, weil die Humboldt-Universität auf Druck des Innensenators ihre Zusage wieder zurückzieht. Nachdem die OrganisatorInnen eine militante Durchsetzung des Kongresses am geplanten Ort weder für realistisch

<sup>15</sup> O.A.: Aufruf zum Autonomie-Kongreß, S. 6.

<sup>16</sup> O.A.: Aufruf zum Autonomie-Kongreß, S. 7.

<sup>17</sup> Etwas mehr als die Hälfte der Kongreß Ini: ... und der Kongreß tanzt doch! Ein Teil der Kongreß-Ini Hamburg will auch nochmal was sagen. In: *Zeck 36\_1995*, S. 8f., hier S. 8.

<sup>18</sup> Etwas mehr als die Hälfte der Kongreß Ini, S. 9.

noch für wünschenswert erachteten (weil dies den Charakter der Veranstaltung verändern und keinen Raum für ruhige, ausführliche Grundsatzdiskussionen bereitstellen würde)<sup>19</sup>, findet der Kongress schließlich mit zweihundert bis dreitausend TeilnehmerInnen in Räumen der Technischen Universität statt. Die Reaktionen und Einschätzungen der TeilnehmerInnen und BeobachterInnen aus der Szene fallen äußerst divers aus und reichen von wohlwollender Zustimmung bis zu expliziter Ablehnung des Kongresses.

Eine fundamentale Kritik kommt von einigen Hamburger Frauen, die am zweiten Tag des Kongresses einen Text verlesen lassen, der die mangelnde Sensibilität der Versammlung für feministische Positionen und die unzureichende Einbindung von Frauen kritisiert. Weil der Kongress männlich dominiert sei, habe sich die eigene Gruppe gegen eine Teilnahme entschieden.

»Wir schicken diese Erklärung, weil wir diesen Kongreß, der für DIE undogmatischen linksradikalen Bewegungen sprechen will, nicht unwidersprochen stehen lassen wollen. [...] Trotzdem haben hier weiße Männer mal wieder von ihrer Definitionsmacht Gebrauch gemacht und wollen das, was undogmatische Politik ausmacht, fast gänzlich alleine bestimmen. Die Tatsache, daß viele Frauen aus der Vorbereitung rausgegangen sind, zeigt, daß die Diskussionen wie üblich von Männern dominiert wurden. Weder in der gesamten Vorbereitung, noch auf dem Kongreß selber sind feministische Themen vertreten. Deshalb definieren wir diesen Kongreß inhaltlich als autonomen Männerkongreß.«<sup>20</sup>

Besonders unverständlich sei die Ausblendung von Feminismus, weil es sich bei feministischen Positionen eben nicht um eine Abspaltung handele, sondern um eine fundamentale Neubestimmung linksradikaler Politik: Ziel sei dabei nicht länger der Kampf gegen einzelne Aspekte von Herrschaft, sondern die Befreiung von jedweder Herrschaftsform. Dass der Kongress diese Neubestimmung ausblende und Feminismus nicht als notwendigen Themenschwerpunkt erkannt habe, zeige die Engstirnigkeit der OrganisatorInnen. Auch andere wichtige Themen, wie Rassismus in der Linken oder Solidarität mit Flüchtlingen, seien nicht aufgegriffen worden. Stattdessen werde lediglich über die allumfassende Krise gejammert: »Ihr solltet aufpassen, Genossen, daß die Neubestimmung der undogmatischen linksradikalen Bewegung nicht ohne Euch vonstatten geht.«<sup>21</sup> Die Ansätze von Neubestimmung autonomer Politik seien beispielweise in der Frauenbewegung schon länger zu finden.

Ganz anders stellt sich der Kongress aus der subjektiven Sicht eines männlichen Autonomen mit dem Pseudonym *emadz* dar. Zwar kritisiert auch dieser Teilnehmer, dass es zum Thema Sexismus in der Linken keinen gemeinsamen Diskussionsstand unter autonomen Männern gebe, die Diskussionen daher oft schwierig seien und man aufgrund einer fehlenden Basis immer wieder von vorne beginnen müsse, er betont aber gleichzeitig auch die Produktivität und die Freude an der inhaltlichen Auseinandersetzung. Zurück bleibe »das positive Gefühl, daß ›wir‹ mehr sind als die autonome Kleinfamilie

<sup>19</sup> Vgl. dazu Die Berliner Kongreß-Ini: Autonomie Kongreß? Wir haben keine Räume, aber wir nutzen sie! In: *Zeck* 36\_1995, S. 9f.

<sup>20</sup> O.A.: Papier einiger Hamburger Frauen zum Autonomiekongreß. In: *Zeck* 37\_1995, S. 16.

<sup>21</sup> Ebd.

zuhause, die sich auf jämmerlichen Kleindemos zusammenfindet. Und wer hätte von dem Kongreß ernsthaft viel mehr zu erwarten gewagt ...?«<sup>22</sup>

Die *Hamburger Kongressvorbereitung* gibt statt einer allgemeinen Einschätzung lieber einen Einblick in die inhaltlichen Diskussionen und stellt ihr Eingangsreferat über autonome Identität, Abgrenzung und Trennungslinien vor. Die AutorInnen betonen zunächst, in ihrer eigenen Arbeit von vielen dieser Trennungslinien betroffen zu sein:

»Nachdem schon länger Männer die deutliche Mehrheit stellten – wie es in den autonomen Gruppen ja meistens üblich ist – waren wir am Ende nur noch eine handvoll Männer aus der alten linksradikalen Szene. Auf uns treffen so ziemlich alle Vorurteile zu, die es so über die autonome Szene gibt: weiß, Mann, Bürgersohn.«<sup>23</sup>

Die politische Arbeit in Hamburg leide schon seit einigen Jahren unter der starken Separierung der Szene, weil jede Gruppe unter sich bleibe und es kaum Kontakt und Austausch gebe. Dabei gehe es nicht darum, eine neue Einheitsfront herbeizureden und wichtige Unterschiede einfach zu ignorieren. Der erbitterte Streit untereinander, wie er in den 1970er und 1980er Jahren ausgetragen worden sei, sei gerade kein Zeichen von Schwäche gewesen, sondern Ausdruck einer gemeinsamen linken politischen Perspektive. In den zähen Auseinandersetzungen sei erst ein gemeinsames linkes Projekt entstanden. Die heutige Sprachlosigkeit untereinander und das Unvermögen, eine gemeinsame Diskussion zu führen, schwäche die radikale Linke dagegen fundamental, weil so keine gemeinsame Perspektive gefunden werden könne. Dies sei auch die Ursache dafür, dass die Linke lediglich Abwehrkämpfe führe und kaum noch in der Lage sei, eigene Inhalte zu formulieren und zu erkämpfen.

Bei aller Kritik an dem Desinteresse und der Selbstbezogenheit der linken Splittergruppen nehmen die AutorInnen zwei Gruppen explizit von diesen Vorwürfen aus: Frauen und MigrantInnen hätten sich aus anderen Gründen von der gemeinsamen politischen Bewegung getrennt, nämlich weil die deutsche Linke selbst Probleme mit Sexismus und Rassismus habe und eine gemeinsame Politik daher oft schwierig bis unmöglich sei. Dies solle allerdings nicht heißen, dass man mit dieser organisatorischen Trennung insgesamt zufrieden sei, vielmehr müsse das langfristige Ziel eine radikale Linke sein, für die Nationalitäten- und Geschlechtergrenzen keine Rolle mehr spielen. Insbesondere die Kritik dieser betroffenen Gruppen sei für die Emanzipation der deutschen Linken unverzichtbar. Die AutorInnen erkennen aber auch, dass eine wirklich gemeinsame Bewegung noch weit entfernt sei:

»Wenn wir sagen, daß wir uns keine Politik ohne Frauen und MigrantInnen als gleichberechtigte Teile vorstellen können und trotzdem einen Kongreß veranstalten, der auf weiten Teilen von Männern dominiert ist und in Hamburg zuletzt nur noch von Männern vorbereitet wurde, dann ist das ein Widerspruch.«<sup>24</sup>

<sup>22</sup> Ermadz: Der Kongreß tanzte. Subjektive Eindrücke eines männlichen Autonomen. In: *Zeck 37\_1995*, S. 21.

<sup>23</sup> Hamburger Kongressvorbereitung: Identität in der Krise. Redebeitrag der Hamburger Kongressvorbereitung. In: *Zeck 37\_1995*, S. 17-21, hier S. 17.

<sup>24</sup> Hamburger Kongressvorbereitung, S. 19.

Dieser Widerspruch sei jedoch nicht durch Formalien wie gleiche Redezeiten oder Quotierung in den Griff zu bekommen, sondern er erfordere von den Männern, ein Bewusstsein für die eigene Verantwortung im Patriarchat zu schaffen und bereit zu sein, die eigenen Privilegien aufzugeben.

Allerdings gebe es auch die grundsätzliche Überzeugung, dass beim Thema Patriarchat kein gemeinsames Interesse von Frauen und Männern denkbar sei. Zwar hätten Männer häufig den eher diffusen Wunsch, nicht unterdrücken zu wollen – dennoch seien die Positionen von Männern und Frauen in diesem Kampf diametral unterschiedlich.

»Daraus resultiert erstmal grundsätzlich ein unterschiedlicher Weg der Emanzipation bzw. des Kampfes gegen patriarchale Strukturen in uns und in der Gesellschaft. [...] Die Schwäche ist nicht, daß es keinen gemeinsamen Kampf gibt, sondern die Schwäche ist, daß patriarchale Strukturen in unseren Zusammenhängen viel zu wenig thematisiert und angegangen werden.«<sup>25</sup>

Eine – zumindest zeitweilige – Trennung sei daher unvermeidlich und grundsätzlich auch positiv; darüber hinaus seien linke Männer nicht in der Position, solche Spaltungen zu kritisieren und eine politische Einheit einzufordern.

Die Parallelität vieler verschiedener Kämpfe könne daher auch als Stärke der Bewegung gedeutet werden, weil sie eine Hierarchisierung von verschiedenen Unterdrückungsverhältnissen auflöse und die unselige Suche nach einem Hauptwiderspruch und einem neuen revolutionären Subjekt obsolet mache. Die Gefahr dabei liege in der Herausbildung von spezifischen Identitäten, die sich jeweils aufgrund geteilter Erfahrungen zusammenfänden und eine gesamtgesellschaftliche Emanzipation erschweren. Die grundsätzlich zu begrüßende Selbstorganisation könne so zu einer völligen Abgrenzung führen, der eigentlich emanzipatorische Kampf gegen Unterdrückung werde dann zu einer Verteidigung der eigenen Identität. Dieses Problem zeige sich auch in der radikalen Linken sehr deutlich:

»Die Suche nach Identität bestimmt viele der linken Auseinandersetzungen: Das geht von der autonomen Streetfighter-Identität der Hausbesetzer über die Stadtteilidentitäten und die oft absurden Abgrenzungen unter den KonsumentInnen der verschiedenen aktuellen Musikstile. Kollektive Identitäten schaffen immer einen schön überschaubaren Raum, in dem die vielfältigen Widersprüche der Gesellschaft ausgeblendet werden.«<sup>26</sup>

Auf diese Weise werde die Identität zur vollkommenen Identifikation mit einer Gruppe, bei der Gemeinsamkeiten mit anderen Gruppen nicht mehr gesehen werden dürften. Dabei gehe völlig verloren, dass die meisten dieser Gruppenidentitäten gar nicht selbst gewählt würden, sondern gesellschaftliche Konstrukte seien, die eigentlich überwunden werden müssten. Meistens entstünden die kollektiven Identitäten als Reaktion auf gesellschaftliche Abwertung und Unterdrückung. Bei völliger Identifikation mit der Gruppe gerate aus dem Blick, dass emanzipative Politik diese herrschenden Zuschreibungen eigentlich kritisieren müsste.

<sup>25</sup> Hamburger Kongreßvorbereitung, S. 19.

<sup>26</sup> Hamburger Kongreßvorbereitung, S. 20.

Gleichzeitig sei erforderlich, nicht aus einer herrschenden Perspektive die Selbstorganisation unterdrückter Gruppen zu kritisieren. Auch wenn eine solche Identität oftmals durch Zuschreibungen von außen entstanden sei, komme es zu einer Umdeutung und positiven Neubesetzung dieser Identität durch die Betroffenen selbst, die so zu einer Stärke werden könne.

»Dann müssen wir aber auch damit umgehen, wenn eine neue, kämpferische Identität als Abgrenzung zu uns genutzt wird und eben nicht nur mit der Lupe oder dem Fernglas mögliche Fehler bei anderen suchen. Es ist unser Armutszeugnis, daß Frauen und MigrantInnen sich – auf unterschiedliche Weise und aus unterschiedlichen Gründen – von uns abgrenzen. In der Szene wurden in den letzten Jahren keine Bedingungen geschaffen, daß es gemeinsam weiter gehen kann.«<sup>27</sup>

Abschließend stellen die AutorInnen nochmals klar, was sie mit ihrem Text erreichen wollten: Es gehe ihnen nicht um einen Angriff auf Selbstorganisation, sondern ihr Beitrag solle vielmehr ein Anstoß an die männlichen Linken sein, endlich Bedingungen für eine gemeinsame Diskussion zu schaffen. Von den übrigen politischen Kleingruppen erhoffe man sich, dass sie ein Interesse am Austausch, an der gemeinsamen Diskussion und am solidarischen Streit entwickeln würden.

Im Anschluss an den Kongress ebbt das Thema der Organisationsfragen in der Zeck für einen längeren Zeitraum wieder ab. Erst nach dem G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 flammt die Idee eines stärkeren Austauschs und einer intensiveren Auseinandersetzung über die eigenen linksradikalen Ansätze wieder auf. Um die positiven Energien, die aus einem solchen Großereignis entstanden seien, auch in den grauen Alltag zu überführen, sollen in Berlin die sogenannten Perspektiventage veranstaltet werden. Auch hier soll es – ganz ähnlich zu dem Autonomen Kongress einige Jahre zuvor – insbesondere um eine Standortbestimmung linksradikaler Politik gehen sowie um eine stärkere Verknüpfung der einzelnen linken Strömungen und eine gemeinsame inhaltliche Debatte. Die Linke müsse versuchen, das Spannungsfeld zwischen überregionalen Klammern und dem eigenen Alltag vor Ort aufzulösen, indem globale Kämpfe sich stärker in den lokalen Alltagskämpfen widerspiegeln. Durch einen stärkeren Bezug aufeinander und auf Gruppen in anderen Themenfeldern könne verhindert werden, dass die Freiheit der einen auf der Unfreiheit der anderen aufgebaut werde. Der gemeinsame Austausch und das überregionale Miteinander-ins-Gespräch-Kommen seien unschätzbar wichtige Aspekte eines gemeinsamen Kampfes: »Überregionale Projekte sind wichtig für Menschen in deren Gegend nicht so viel läuft, um sich neues Wissen anzueignen, Standpunkte auszudiskutieren, Debatten weiter zu entwickeln und etwas ganz anderes zu leben.«<sup>28</sup> Vor allem die Diskussion darum, wie die Zusammenarbeit in dem breiten politischen Bündnis gegen den G8-Gipfel letztlich zu bewerten sei, müsse im Idealfall in einem größeren Rahmen stattfinden. Hier sei, genau wie bei zahlreichen Bündnissen zuvor, die Gewaltfrage das große Spaltungsthema gewesen – und das, obwohl sich das Bündnis bereits frühzeitig auf die gegenseitige Akzeptanz unterschiedlichster Aktionsfor-

27 Hamburger Kongressvorbereitung, S. 20.

28 Six hills: Nach Heiligendamm: Wo steht die radikale Linke? Und: Was machen wir so die nächsten 2 Jahren? In: Zeck 142\_2008, S. 18f., hier S. 18.

men verständigt habe. Doch auch solche Absprachen im Vorfeld änderten nichts daran, dass sich viele BündnispartnerInnen im Falle einer Eskalation von den gewalttätigen Demonstrierenden distanzieren würden.

»Die, die sich öffentlich distanzieren übersehen, dass sie ihre Kooperationspartner\_innen damit zum Weghaften und Knüppeln freigeben. Ob die Debatte um verschiedene Aktionsformen solidarisch und kritisch geführt wird oder ob nach Denunziation gerufen wird, ist Dreh- und Angelpunkt. An dieser Scheidelinie zeigt sich, inwieweit solidarische Politik gemeinsam möglich ist.«<sup>29</sup>

Die Perspektiventage seien ein willkommener Ort, an dem die Linke gemeinsam versuchen könnte, Antworten auf ihre grundsätzlichen Fragen zu finden und die bisher häufig etwas leere Phrase der »Bewegung der Bewegungen«<sup>30</sup> mit Leben zu füllen.

Parallel dazu entsteht in Hamburg die Idee eines stadtweiten autonomen Plenums, dessen Ziel es sei, auf den Erfahrungen von Heiligendamm aufzubauen und gemeinsame Strategien zu entwickeln, um der linksradikalen Politik in Hamburg neuen Schwung zu geben. Zu den ersten zwei Treffen kommen tatsächlich jeweils mehrere dutzend TeilnehmerInnen, um insbesondere über neue Demonstrationsformen und die Vernetzung von Unorganisierten zu diskutieren. Einige AktivistInnen aus der Vorbereitungsgruppe bemerken dazu:

»Grundsätzlich haben die beiden Plenas die Notwendigkeit von einem Ort der gemeinsamen Diskussion und des politischen Austauschs verdeutlicht. Nicht nur für ›jüngere‹ und ›zurzeit nicht-organisierte‹, auch für jene, die seit Jahren in den unterschiedlichen Zusammenhängen der radikalen Linken politisch arbeiten, bietet sich hier die Möglichkeit, Ansätze neu zu überdenken und soziale Bewegungen wieder zusammenzuführen. Ein solches Plenum kann natürlich kein Gruppenersatz sein, es kann jedoch Anknüpfungspunkte bieten, um wieder mehr und lauter zu werden.«<sup>31</sup>

Dies sei in Berlin überzeugend gelungen, dort würden bis zu 140 Leute an regelmäßigen Treffen teilnehmen und u.a. über autonome Spielregeln und Verhalten oder über Fehler und Möglichkeiten von Demonstrationen diskutieren. Leider sei die Beteiligung in Hamburg relativ schnell zurückgegangen: Waren beim ersten Plenum noch ca. achtzig TeilnehmerInnen anwesend, so kamen zum zweiten Treffen nur noch dreißig AktivistInnen. Die Gründe für dieses schnell erlahmende Interesse seien unklar, allerdings falle auf, dass insbesondere organisierte Gruppen dem Plenum ferngeblieben seien. »Sicherlich gibt es bei einigen Leuten auch Bedenken und Unsicherheiten, über die Perspektiven radikaler linker Politik in einem öffentlichen Raum zu diskutieren.«<sup>32</sup> Linke Politik bewege sich zwischen zwei Ansprüchen, nämlich gleichzeitig radikal *und* inklusiv zu sein: Einerseits lebe sie von der klandestinen Unsichtbarkeit, andererseits seien damit aber eine Unzugänglichkeit für Neue und eine Isolation der einzelnen Gruppen beinahe unvermeidbar. Die Konsequenz sei, dass etliche wichtige Diskussionen nach dem

29 Six hills, S. 19.

30 Ebd.

31 Von Leuten aus den Vorbereitungsgruppen der zwei h.a.p.: h.a.p. – Weil wir mehr wollen! Diskutierbares Diskussionspapier zum »hamburgweiten autonomen plenum«. In: Zeck 142\_2008, S. 20.

32 Ebd.

G8-Gipfel in Hamburg nicht geführt worden seien, obwohl von verschiedenen Seiten immer wieder ein großes Interesse an Austausch und Diskussion geäußert worden sei.

»Wir denken nach wie vor, dass ein regelmäßig stattfindendes autonomes Plenum den geeigneten Raum für diese Kommunikation abgibt. Denn Kontinuitäten entstehen zu lassen, Möglichkeiten der Partizipation zu schaffen und dadurch unsere Strukturen zu stärken, heißt weiter zu denken und zu arbeiten und nicht nur im Rahmen zeitbegrenzter Projekte zusammen zu kommen.«<sup>33</sup>

Interessanterweise wird hier explizit versucht, Bedingungen für mehr Kontinuität zu etablieren. Einerseits sollen so gemeinsame Lernprozesse gestaltet werden, andererseits soll gleichzeitig ein Rahmen geschaffen werden, in dem neu hinzukommende AktivistInnen von den bereits gemachten Erfahrungen der Bewegung profitieren sollen. Dass ein solches Plenum aber kaum angenommen wird und bereits nach kurzer Zeit wieder einschläft, zeigt abermals die Schwierigkeiten, die die autonome Bewegung mit solchen Vorhaben hat.

Auch die ersten Hamburger Perspektiventage, die im Mai 2008 stattfinden, sind aus Sicht der Teilnehmenden zwar ein interessantes Forum für den Austausch und die Diskussion, allerdings wird auch hier wieder festgestellt, dass das Interesse daran eher gering sei. Dies sei laut *Vorbereitungskreis* unverständlich, da der Bedarf nach einer solchen Plattform eigentlich durchgehend als sehr hoch eingeschätzt werde. Bei den Hamburger Perspektiventagen stehen insbesondere drei verschiedene Ansätze zur Diskussion, mit denen linke Politik verfolgt werden können: erstens die Erschaffung einer Parallelwelt, in die sich die Linke zurückziehen könne und in der Dinge durch das aktive Vorleben im Alltag verändert werden könnten. Zweitens die Intervention in die Realpolitik, mittels derer an real existierende soziale Konflikte angedockt werden solle. Hier drohten allerdings zwei Gefahren:

»Da diese Arbeit nicht selten unter einem gewissen (Zeit-)Druck steht, fehlt häufig der Raum für einen systemverändernden Ansatz. Nicht selten bleiben diese Aufgaben an einigen wenigen Menschen hängen, die auch wegen der Gefahr von ›Systemerhaltung‹ von anderen linken Personen für ihre Arbeit kritisiert werden.«<sup>34</sup>

Schließlich bleibe drittens noch die Revolution, also die fundamentale Abschaffung des Kapitalismus und des bisherigen demokratischen Systems. Dabei sei aber zumeist sehr unklar und kaum nach außen vermittelbar, wie genau diese Abschaffung aussehen und was an die Stelle des alten Systems treten solle. Der *Vorbereitungskreis* wünscht sich abschließend die Fortsetzung dieser Diskussionen und will zukünftig versuchen, über breitere und frühzeitige Informationspolitik mehr Interessierte zu begeistern.

Trotz dieser Vorsätze scheint es aber nie zu einer zweiten Runde der Perspektiventage gekommen zu sein, zumindest in der *Zeck* wird nie wieder über eine Folgeveranstaltung berichtet. Stattdessen wird im Herbst 2009 im Rahmen der Feierlichkeiten

---

<sup>33</sup> Von Leuten aus den Vorbereitungsgruppen der zwei h.a.p., S. 20.

<sup>34</sup> Der Vorbereitungskreis der Hamburger Perspektiventage: Am 17.–18. Mai fanden die ersten hambuger regionalen Perspektiventage statt ... In: *Zeck* 145\_2008, S. 16f., hier S. 16.

zur 20-jährigen Besetzung der Flora nach etlichen Jahren wieder ein Autonomer Kongress organisiert. Ähnlich wie bei dem Kongress Mitte der 1990er Jahre steht auch 2009 eine Reihe von Fragen am Anfang des Planungsprozesses. Vor allem die Aktualität der politischen Selbstdefinition als »autonom« und was damit gemeint sei, sei fraglich:

»Die Unterschiede in dem, was sich heute als autonom bezeichnet, sind vermutlich größer als die Gemeinsamkeiten. Die offensichtlichsten Elemente sind sicher erstmal schwarze Klamotten und ein positives Verständnis von Militanz. Doch es ist klar, dass diese Klammer keinesfalls ausreicht. [...] Irgendwie linksradikal und undogmatisch, gegen hierarchische Organisierungsansätze. Politik aus der eigenen Subjektivität heraus, aber über den eigenen Tellerrand hinaus. Irgendwie unzufrieden mit allem und manchmal hoffnungslos verloren, da eine Revolution, die einem die Sterne vom Himmel holt, nicht in Sicht ist. Immer stärker eingebunden in die Verbindlichkeiten und Mitwirkungspflichten des globalisierten Alltags und trotzdem redlich bemüht um den Gestus, ›unversöhnlich‹ mit dem System zu erscheinen.«<sup>35</sup>

Nach zwanzig Jahren Roter Flora habe sich neben der Feierstimmung auch eine leise Melancholie breit gemacht, denn neben den Erfolgen habe es immer wieder Momente des Scheiterns gegeben: Als Beispiele werden u.a. die missglückten Diskussionen über Sexismus, die auszehrenden Hausmeistertätigkeiten und das stille Verschwinden etlicher AktivistInnen genannt. Der autonome Kongress soll daher ein Ort sein, um Fragen gemeinsam zu klären und an den ewigen Widersprüchen zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu arbeiten.

Insgesamt stehen drei Themenstränge auf der Agenda: theoretische Grundlagen, Konflikte und praktische Orientierung. Bei der Auseinandersetzung mit Theorien solle verhindert werden, »akademisches Herrschaftswissen« wiederzukäuen, indem Theorie und Praxis wieder stärker zusammengebracht würden. Es habe sich in der radikalen Linken eine Trennung durchgesetzt, bei der die theoretische Arbeit auf sehr abstrakter Ebene geführt werde, während gleichzeitig die politische Praxis schlicht und theorielos bleibe und sich auf einen selbstentwaffnenden Bündnis- und Massenansatz beschränke.

Der eigene Umgang mit den Widersprüchlichkeiten und Herausforderungen des Alltags soll ebenfalls diskutiert werden. Dabei zeigt sich die bereits aus den Diskussionen um Sexismus bekannte Erkenntnis, als radikale Linke nicht außerhalb der Gesellschaft zu stehen, abermals deutlich:

»Konstruierte Identitäten und Personalisierungen lassen sich in unserem Alltag nicht auflösen, indem wir sie verbal für richtig erklären, sondern indem wie sie als etwas wandelbares betrachten. [...] Wir alle sind in unterschiedlicher Weise durchdrungen von den bestehenden Verhältnissen, von Privilegien und Marginalisierung. Sexismus, Rassismus oder Antisemitismus sind ebenso mit uns verwoben wie die sozialen und ökonomischen Bedingungen des Kapitalismus. Es ist nicht möglich, sich durch ein reines Lossagen davon zu befreien. Wir sind und bleiben ein Teil der Verhältnisse.«<sup>36</sup>

35 O.A.: Spreng-Sätze! Autonomer Kongress. In: *Zeck* 150\_2009, S. 5f., hier S. 5.

36 O.A.: Spreng-Sätze, S. 6.

Nur gemeinsam könne man versuchen, diesen Verhältnissen eine temporäre Kollektivität entgegenzusetzen, die sich außerhalb der Logiken des Systems bewege. Eine inhärente Gefahr linker Kollektivität sei jedoch, dass sie auf der Ebene von Versatzstücken linker Ideologien stehenbleibe: Statt sich im eigenen Alltag damit zu beschäftigen und linke Ideen immer wieder neu zu erleben, würden sie zu bloßen Schlagworten reduziert, sodass sie die Verhältnisse nicht mehr aufdeckten, sondern nur weiter verschleierten. Ein gutes Beispiel für ein solches Phänomen sei eine verkürzte und personalisierte Kapitalismuskritik.

Der Kongress solle im Idealfall die linken Theorien auf ihre Praxistauglichkeit überprüfen und die eigene Praxis reflektieren und hinterfragen. Auf diese Weise ließen sich sowohl das theoretische Wissen als auch die konkrete Praxis ausweiten und mit neuen Impulsen vorantreiben. Daneben könne der Kongress auch der Vernetzung von autonomen Gruppen dienen. »Wichtig ist uns, das Ganze nicht als Streben nach inhaltlicher Hegemonie oder als reines Forum zur Durchsetzung von Positionen zu betrachten, sondern vor allem als Chance eines heterogenen Blicks auf den Stand der Bewegung.«<sup>37</sup>

Auf den ersten Vorbereitungstreffen kristallisiert sich eine weitere Hoffnung heraus, die mit dem Kongress verbunden wird, wie die Vorbereitungsgruppe Hamburg erläutert:

»Uns aus dem Vorbereitungskreis bewegt vor allem die Frage, wie wir als radikale Linke wieder mehr politisches Gewicht erlangen können und was ein solches überhaupt ist. [...] Unsere Absicht ist es, gesamtgesellschaftliche Diskurse mit den Mitteln unserer Wahl zu verschieben, mit dem Ziel, die herrschende Ordnung zu kippen.«<sup>38</sup>

Dabei müsse es darum gehen, Dinge auszuprobieren und auch ein Scheitern zu riskieren. Anstatt an wiederkehrenden Politikritualen festzuhalten und dadurch immer weiter auf der Stelle zu treten, müsse eine neue, unberechenbare und radikale Praxis erprobt werden. Radikalität dürfe sich nicht am Medienecho, an der Anzahl von DemonstrationsteilnehmerInnen oder am erzielten Sachschaden messen lassen, sondern es müsse darum gehen, die eigenen Inhalte zu vermitteln und gesellschaftliche Relevanz aufzubauen. Wie üblich fordert auch die *Vorbereitungsgruppe* die Umsetzung linker Utopien im eigenen Alltag, gleichzeitig wird die Notwendigkeit des Lernens besonders betont:

»Es liegt an uns, uns Orte anzueignen, in denen wir subversives Leben als Sabotage an den herrschenden Verhältnissen ausprobieren und lernen. Nicht als fertige Modelle, sondern als Ergebnis von kontinuierlichen Auseinandersetzungen im Rahmen der erfahrenen gesellschaftlichen Widersprüche.«<sup>39</sup>

Der autonome Kongress findet schließlich im Oktober 2009 mit 250 bis 300 TeilnehmerInnen in der Roten Flora statt. Vergleiche zum vergangenen Kongress der 1990er

<sup>37</sup> O.A.: Spreng-Sätze, S. 6.

<sup>38</sup> VGH – Vorbereitungsgruppe Hamburg: Diskussionspapier zum Autonom-Kongress. In: *Zeck 152\_2009*, S. 13f., hier S. 13.

<sup>39</sup> VGH – Vorbereitungsgruppe Hamburg, S. 13f.

werden mit einem leicht melancholischen Unterton gezogen, wie beispielsweise in einem Bericht von *Sabine Beck* anklingt:

»Lange überfällig schien dieses Treffen, wo sich mal Zeit genommen wird, um grund-sätzliche Fragen autonomer Politik zu besprechen. Immer wieder wurde der Autono-mie Kongress 1995 erwähnt, bei dem sich damals noch 2000 Autonome die Köpfe heiß geredet hatten. 14 Jahre mussten erst vergehen, damit mensch wieder einmal auto-nom zusammenkam.«<sup>40</sup>

Anspruch des Kongresses sei insbesondere gewesen, die unterschiedlichen Gruppen mit ihren jeweiligen speziellen Teilbereichen in einen intensiveren Austausch zu bringen, um das vorhandene spezifische Wissen nicht nur unverbunden nebeneinander herlaufen zu lassen. Ein grundlegendes Ergebnis des Kongresses sei daher die Abspra-chce gewesen, in mehreren Städten und Regionen wieder regelmäßige autonome Voll-versammlungen einzuberufen. Auch für Hamburg habe sich ein Kreis zusammenge-funden, der für den Februar 2010 eine erste Zusammenkunft plane.

Die TeilnehmerInnen des Kongresses debattierten u.a. über die Frage, warum die autonome Bewegung in den letzten Jahren so erstarrt gewirkt habe und scheinbar auf der Stelle trete: Ein entscheidender Grund sei ein kaum vorhandenes Geschichtsbe-wusstsein.

»Doch nicht nur das Fehlen von Zusammenkünften, auch eine Lücke zwischen den Ju-nigen und den Alten wurde immer wieder bemerkt und scheint mitverantwortlich für einen fehlenden Geschichtsbezug. Debatten, die vor Jahren schon einmal geführt wur-den, werden nicht weitervermittelt. Die Jungen fangen immer wieder von vorne an.«<sup>41</sup>

Das sei während des Kongresses immer wieder deutlich geworden, beispielsweise in den Diskussionen über Sexismus, bei denen jüngere TeilnehmerInnen keinerlei Kennt-nisse der umfangreichen und langwierigen Diskussionen der Vergangenheit gehabt hätten und ihnen einige Aspekte, die von den älteren Generationen als Grundlage ge-sehen wurden, gänzlich unbekannt schienen.

Ebenfalls lebhaft debattiert wurde über die Frage des autonomen Politikansatzes: Teilweise sei gefordert worden, dass die Autonomen offener und zugänglicher werden müssten und sich stärker in anderen sozialen und politischen Bündnissen einbringen sollten. Die Vorteile einer solchen Öffnung würden die Nachteile, die daraus entstehen könnten, bei weitem überwiegen: »Autonome Politik ist wirkmächtiger als sie manch-mal meint. Die Angst von anderen beeinflusst und verwässert zu werden, übersieht, dass wir andere beeinflussen und radikalisieren.«<sup>42</sup> So habe es in der Vergangenheit schon häufiger Bündnisse gegeben, in denen Personen aus Gewerkschaften oder Par-teijugenden von den radikaleren Ansätzen und Aktionen der Autonomen inspiriert wor-den seien und sich in der Folge ebenfalls weiter radikalisiert hätten. Ein solcher Effekt

<sup>40</sup> Beck, Sabine: Ein erster Schritt, der auf Vertiefung wartet. Autonom Kongress – ein Rückblick. In: *Zeck* 154\_2010, S. 21-23, hier S. 21.

<sup>41</sup> Beck, S. 22.

<sup>42</sup> Ebd.

sei nicht zu unterschätzen und dürfe nicht zugunsten einer Selbstabschottung aufgegeben werden. Daher sei mehrfach für ein stärkeres Einmischen in und Aufgreifen von gesellschaftlichen Konflikten argumentiert worden, um politisch wieder relevanter zu werden und sich nicht bloß im eigenen Dunst der »subkulturellen Selbstbezogenheit« zu isolieren.

In einer weiteren Ausgabe der *Zeck* veröffentlicht die Redaktion zwei Grundsatzreferate, über die auf dem Kongress intensiv debattiert worden sei. Die *Reformgruppe Süd-Ost* kritisiert die bereits häufiger angesprochene Diskrepanz zwischen theoretischer Fundierung und politischer Praxis, die zu einer gewissen Ratlosigkeit der Bewegung geführt habe.

»Es passiert allgemein eine ganze Menge – verglichen mit den düsteren Jahren, die eher von Szene-internen Konflikten geprägt waren. Nicht dass es sie nicht mehr gäbe, aber in vielen Städten haben sie doch abgenommen bzw. an Bedeutung verloren. Warum aber fühlen wir uns trotzdem immer noch so unzufrieden? [...] Zum Teil glauben wir liegt das daran, dass das Niveau der praktischen Auseinandersetzungen zwar gestiegen ist, die Reflektion darüber, was wir tun, warum wir es tun und warum wir es in bestimmten Formen tun, aber gering ist oder sogar komplett ausfällt.«<sup>43</sup>

Oft habe es den Anschein, als sei die autonome Bewegung nicht in der Lage, gemeinsam zu diskutieren und solidarisch zu streiten. Dabei sei insbesondere der eigene politische Ansatz zu hinterfragen, beispielsweise bei der bekannten Frage, ob sich Autonomie in andere Kämpfe einmischen und sich in breitere Bündnisse einbringen sollten. Das liege einerseits an einer – bewussten oder unbewussten – Abgrenzung gegenüber den als unkritisch und angepasst wahrgenommenen anderen Gruppen. Andererseits liege es aber auch daran, dass man etwas anderes anstrebe als die meisten anderen politischen Akteure:

»Es geht uns nicht darum, eine vernünftigere, eine bessere Demokratie zu schaffen oder mehr Recht zu erkämpfen, die doch immer von einem Staat gegeben werden, inklusive Kontrolle, Sanktion, Rücknahme. Uns geht es letztlich immer um die Frage, wie wir mit dieser kapitalistischen Gesellschaft und dem Staat endgültig Schluss machen können – nicht durch Reformen und gute Presse, sondern durch die Verbreitung und praktische Umsetzung autonomer Selbstorganisierung, durch direkte Aktion und Solidarität.«<sup>44</sup>

Die AutorInnen warnen vor einer übersteigerten Selbstzufriedenheit, die auf der Überzeugung gründe, dass die Autonomen besser und widerspruchsfreier leben würden als die möglichen BündnispartnerInnen. Autonome seien genauso von den Strukturen der Gesellschaft geprägt wie alle anderen, es könne keine befreite Insel im Kapitalismus geben. Daher müsse es darum gehen, aus dem eigenen Sumpf auszubrechen und mit anderen sozialen und politisch aktiven Gruppen zusammenzukommen, um gemeinsam – wenn auch aus unterschiedlichen Ecken und mit unterschiedlichen Mitteln – für

---

43 Reformgruppe süd-ost: brennen unsere herzen noch? Ein paar gedanken über den anstehenden »autonomen kongress«. In: *Zeck* 153\_2009, S. 9-11, hier S. 9.

44 Reformgruppe süd-ost, S. 10.

eine bessere Gesellschaft zu kämpfen. Die Alternativen zu dieser Öffnung seien trostlos: entweder ein endgültiger Rückzug in die eigenen Nischen oder eine individuelle Kapitulation und die Rückkehr in den Schoß der bürgerlichen Gesellschaft.

Die Gruppe lädt alle Interessierten zu einer offenen Diskussion ein und grenzt sich deutlich von einer arroganten Haltung ab, der zufolge man erstmal über langjährige eigene Erfahrungen verfügen müsse, bevor man mitdiskutieren dürfe: Es sei egal, ob man gerade erst aktiv geworden sei oder schon jahrelang involviert sei. Eine lange autonome Vita dürfe keine Voraussetzung sein, um sich aktiv am Kongress zu beteiligen, sondern es müsse gerade darum gehen, etwas frischen Wind in die Debatte zu bringen und die eingefahrenen Wege zu verlassen.

Eine Gruppe aus Berlin, die *Anonymen Autonomen Berlin*, beteiligt sich mit einem Grundsatzreferat über Herausforderungen in der Organisierungsdebatte der Autonomen. Sie weist gleich zu Beginn auf die lange Tradition der meisten Probleme hin: »Wenig von dem, was wir erzählen, ist neu. Das meiste wurde schon mal geschrieben, zum Teil vor langer Zeit.«<sup>45</sup> Zwar halte man die aktuelle autonome Organisationsform für die beste derzeit machbare – das bedeute aber nicht, dass es die beste denkbare sei; im Gegenteil gebe es etliche Ansatzpunkte, um unterschiedliche Aspekte zu verbessern.

Die Gruppe präsentiert in ihrer kurzen Bestandsaufnahme eine ganze Reihe von Problemen im Zusammenhang mit der eigenen Organisationsform:

»unverbindlich, unzuverlässig, große Fluktuation – wenige Gruppen und Strukturen, nur punktuelle Zusammenarbeit – keine kontinuierliche, lang anhaltende politische Arbeit und Zusammenarbeit an gemeinsamen Zielen – kurzatmige Kampagnenpolitik, die nur reagiert – große Anonymität und Abschottung – schlechte Vermittlung von Zielen und Inhalten – starke Abgrenzung.«<sup>46</sup>

Ein Fehler sei, darauf zu vertrauen, dass Menschen von sich aus beginnen würden, sich autonom zu organisieren. Stattdessen sei es sinnvoller, konkrete Angebote zu machen, um so bessere Zugänge für bislang unorganisierte SympathisantInnen zu schaffen. Schwieriger sei hingegen, Auswege aus der kurzlebigen Kampagnenpolitik zu finden. Klare gemeinsame Ziele würden zwar eine stärkere Kontinuität der Bewegung ermöglichen, gleichzeitig sei die eindeutige Verständigung auf konkrete Ziele in der autonomen Geschichte schon immer kompliziert gewesen; Gemeinsamkeit sei stets eher anders hergestellt worden: »Was verbindet uns als Autonome? Vielleicht ist es ja auch nur die Militanzklammer, die Anziehungskraft von Klandestinität und Verbotenem, die uns zusammenhält. Oder die Subkultur als eine andere Klammer?«<sup>47</sup> Auch das gemeinsame Leben der radikalen Inhalte sei konstitutiv für die autonome Szene. Die Aufhebung der Trennung von Alltag und Politik mache es jedoch gleichzeitig schwer, mit den Widersprüchen und Unzulänglichkeiten im eigenen Leben umzugehen. Erforderlich sei daher, sich nicht nur verstärkt über gemeinsame Ziele auszutauschen, sondern gleichzeitig auch deren Umsetzbarkeit im Alltag im Blick zu haben.

45 Anonyme Autonome Berlin: Evergreens in den Organisierungsdebatten der autonomen Linken. In: *Zeck* 153\_2009, S. 11-13, hier S. 11.

46 Ebd.

47 Anonyme Autonome Berlin, S. 12.

Ein weiteres zentrales Problem sei die Abschottung der Szene. Diese sei zwar aufgrund der drohenden Repressionen nachvollziehbar, allerdings habe sich beinahe so etwas wie ein Fetisch entwickelt: Konspiratives Verhalten und Abschottung würden nicht als notwendiges Übel gelten, sondern geradezu »abgefeiert« werden. Da die manchmal sinnvolle Abschottung und die Öffnung für neue AktivistInnen nur sehr schwer miteinander vereinbar seien, schlagen die AutorInnen eine Art Arbeitsteilung innerhalb der Szene vor: »Aber nicht alle Gruppen und Strukturen einer Bewegung müssen alles können, oder? Wichtig ist doch, dass eine Bewegung insgesamt einerseits ansprechbar und erreichbar und andererseits handlungsfähig ist. Nicht jede Gruppe muss beides können.«<sup>48</sup> Nur so sei es möglich, offen für neu hinzukommende AktivistInnen zu sein, gleichzeitig weiterhin radikal aktiv zu bleiben und die eigenen Inhalte effektiver in die Öffentlichkeit zu vermitteln. Damit dies gelingen könne, sei aber auch ein Umdenken bei den jetzt aktiven Autonomen notwendig. Die Szene sei insgesamt zu sehr mit Abgrenzungen in alle denkbaren Richtungen beschäftigt. Beispielsweise stehe bei Diskussionen über mögliche Bündnisse immer die Abgrenzung und Kritik an anderen Gruppen im Mittelpunkt (gegen ReformistInnen, Parteien, Gewerkschaften, Hippies, Postautonome etc.), anstatt zunächst nach inhaltlichen Gemeinsamkeiten und geteilten Zielen zu suchen. Entweder müsse man sich selbst stärker in Bündnissen einbringen oder aber an existierende Strukturen andocken, die dann bestimmte Aufgaben übernehmen:

»Wir sollten selbstbewusster autonome Inhalte und Ziele in Bündnissen vertreten und offener in Bündnisprozesse einsteigen. Oder: Natürlich brauchen wir Bündnisse. Zum Beispiel die IL ist eine prima Bündnispartnerin. Die sollen für uns mit Gewerkschaften, NGOs usw. kungeln, die haben da wenigstens Lust drauf.«<sup>49</sup>

Konkretes Ergebnis des Kongresses ist insbesondere die Einrichtung monatlicher autonomer Vollversammlungen in Hamburg, die eine inhaltliche Diskussion in einer längerfristigen Struktur ermöglichen sollen. Die OrganisatorInnen versuchen, aus den zurückliegenden Erfahrungen nach dem G8-Gipfel zu lernen, als schon einmal autonome Vollversammlungen in Hamburg stattfinden sollten und die Treffen nach wenigen Maßen wieder eingeschlafen waren. Das Problem damals sei gewesen, dass organisierte Gruppen nicht teilgenommen hätten, weil insgesamt zu unklar geblieben sei, was man mit den Vollversammlungen eigentlich genau erreichen wollte. Bei der Neuauflage solle insbesondere die Vernetzung der verschiedenen Gruppen und der verschiedenen Generationen im Mittelpunkt stehen: »Wir machen immer wieder die Erfahrung, dass sich verschiedene Generationen, jung und alt, kaum kennen und wenig ins Gespräch kommen.«<sup>50</sup> Neben aktuellen Themen und der Vorstellung von einzelnen Gruppen oder Kampagnen solle jedes Mal auch ein vorbereitetes Diskussionsthema bearbeitet werden. Das Ziel sei, die einzelnen Teilbereiche linksradikaler Politik in einen kontinuierlichen Austausch zu bringen:

---

<sup>48</sup> Anonyme Autonome Berlin, S. 12.

<sup>49</sup> Anonyme Autonome Berlin, S. 13.

<sup>50</sup> O.A.: Interview zur Autonomen VollVersammlung in Hamburg. In: Zeck 154\_2010, S. 24.

»Die autonome Vollversammlung ist ein Versuch: es geht uns darum, Gruppen und Einzelpersonen aus dem ganzen Spektrum der linksradikalen, undogmatischen Szene zusammenzubringen. [...] Weil wir nicht beim Reden um des Redens willen stehen bleiben wollen. Weil wir uns kluge Ideen erhoffen, von den Leuten, mit denen wir nicht eh schon immer zusammenhocken.«<sup>51</sup>

Das erste Treffen der Autonomen Vollversammlung zieht tatsächlich 100 bis 120 TeilnehmerInnen an. Die Vorbereitungsgruppe erhofft sich in ihrer Begrüßungsrede, mit Hilfe der autonomen Vollversammlung die reaktive Kampagnenpolitik der Autonomen überwinden zu können:

»Im Idealfall können wir wegkommen vom kurzfristigen den aktuellen Ereignissen hinterher hecheln, hin zu einer gemeinsamen mittelfristigen Bestimmung politischer Schwerpunkte. Dabei steht die VV für unser Politikverständnis von basisdemokratischer und gleichberechtigter Organisation: es gibt kein Zentralkomitee, sondern die VV bestimmt gemeinsam, wo es langgeht.«<sup>52</sup>

Die Vorstellungen und Erwartungen, die die TeilnehmerInnen an die Vollversammlung stellten, seien insgesamt recht ähnlich gewesen:

»So war im Endeffekt klar, dass die AVV dem Kennenlernen, der Vernetzung, dem Austausch und der Organisierung dienen soll. Des Weiteren soll die VV als Plattform fungieren, um strategische Fragen gemeinsam zu analysieren, zu klären und zu diskutieren. Die VV soll möglichst Konflikte beilegen können und gemeinsame Stoßrichtungen entwickeln.«<sup>53</sup>

Insbesondere der letzte Punkt, der einen besseren Umgang mit Konflikten thematisiert, spiegelt sich auch in dem gemeinsam festgelegten Schwerpunktthema für die zweite Versammlung wider: Für den März habe man sich vorgenommen, den Umgang miteinander zu reflektieren und eventuell einen Verhaltencodex für die Szene zu diskutieren.

Zum einjährigen Geburtstag der Vollversammlung 2011 wird in einem Beitrag in der *Zeck* eine erste Bilanz des Formats gezogen. Einerseits sei die Vollversammlung ein Erfolg, weil die Beteiligung nach wie vor hoch sei und insgesamt eine gute und produktive Diskussionsatmosphäre geschaffen worden sei. Andererseits gebe es immer noch etliche (vor allem organisierte) Zusammenhänge, die sich nicht an der Versammlung beteiligten und niemals vorbeigeschaut hätten. Es sei wünschenswert, dass diese Gruppen das Format ernster nehmen und – wenn sie partout nicht teilnehmen wollten – zumindest die Gründe für ihr Fernbleiben, ihre Kritik und ihre Bedenken äußern würden. Eine stärkere Beteiligung organisierter Gruppen sei mittelfristig ohnehin wichtig, damit die geführten Diskussionen (insbesondere über den Frust mit Demonstrationen und Alternativkonzepte für die Vermittlung linker Inhalte) in Zukunft einen größeren

51 O.A.: 2010 fängt gut an: Autonome Vollversammlung am 15. Februar in der Roten Flora. In: *Zeck* 154\_2010, S. 23.

52 O.A.: Autonome Vollversammlung. In: *Zeck* 155\_2010, S. 9f., hier S. 9.

53 O.A.: Autonome Vollversammlung, S. 10.

Einfluss auf die tatsächlich umgesetzte linksradikale Politik in Hamburg ausübt und die Debatten insgesamt eine größere Verbindlichkeit bekämen.

Die AutorInnen machen insbesondere einen Punkt stark, der ein entscheidender Vorteil der Vollversammlungen sei: nämlich die Tatsache, dass hier Debatten von Angesicht zu Angesicht geführt werden könnten. Außerhalb der Vollversammlungen würden Szene-Debatten, sofern sie überhaupt geführt würden, nur schriftlich ausgetragen, weil sie so geschützter seien und man auf diese Weise eventuell offener Position beziehen könne. Die schriftliche Auseinandersetzung habe aber auch gewichtige Nachteile:

»Zum einen ist die Hürde, sich schriftlich auf einen Diskussionsbeitrag zu beziehen, deutlich höher und das Tempo solcher Auseinandersetzungen wenig rasant. Es bleibt dem Zufall überlassen, ob sich andere ausreichend angesprochen fühlen, um zu reagieren. [...] Zum andern birgt die Anonymität schriftlicher Diskussionen auch die Gefahr, dass solche Debatten unverbindlich und wirkungslos bleiben. [...] Und es macht auch für das Aufeinandertreffen in der Praxis einen gewissen Unterschied, wenn mensch einen Eindruck davon hat, was die, mit denen da zusammen agiert wird, eigentlich wollen.«<sup>54</sup>

Die Vollversammlungen würden daher eine gute Basis bieten, um diese Nachteile der schriftlichen Kommunikation auszugleichen. Sogar verbindliche strategische Diskussionen könnten so geführt werden. Allerdings müsse dabei berücksichtigt werden, dass die Kommunikation dann in einem mehr oder weniger öffentlichen Raum stattfinde: »Und das erfordert von allen Beteiligten, sehr verantwortlich mit der Frage der Repression umzugehen.«<sup>55</sup>

Im März 2012 veröffentlicht eine Vorbereitungsgruppe der autonomen Vollversammlung eine Nachbereitung des Treffens, weil sie einige Probleme der VV zur Diskussion stellen möchte. So sei in der Vergangenheit häufiger kritisiert worden, dass auf den Vollversammlungen bloß Aktionen durchgekauft würden und kaum inhaltliche Diskussionen stattfänden. Eine Ursache dafür liege ihrer Meinung nach auch in der eigenen Einstellung: Weil viele Mitglieder der Vorbereitungsgruppe die Mitwirkung des Plenums als zentral erachteten, habe man sich meistens gegen eine strikte Moderation entschieden. So gelinge es selten, wirklich tiefergehende Diskussionen zu führen. Das Spannungsfeld zwischen der Einbeziehung der TeilnehmerInnen und einer straffen Organisierung des Ablaufs werde zudem dadurch größer, dass stets viele verschiedene Menschen mit ganz unterschiedlichen Erwartungshaltungen zur Vollversammlung kämen. Einige würden zwar gerne aktiv mitdiskutieren, andere aber vielleicht lieber passiv Informationen konsumieren; und gerade NeueinsteigerInnen könnten es abschreckend finden, direkt zur aktiven Teilnahme aufgefordert zu werden. Die Vorbereitungsgruppe überlege daher, im Vorfeld jeder Vollversammlung einen groben Plan zu kommunizieren, in welche Richtung die Veranstaltung gehen solle. Das grundlegende Problem sei aber nach wie vor die mangelnde Verbindlichkeit der Diskussionen auf den Vollversammlungen:

---

54 O.A.: Ein paar Argumente für die autonome Vollversammlung. In: Zeck 161\_2011, S. 22f., hier S. 22.

55 Ebd.

»Da keine feste Gruppe die AVV organisiert, werden Diskussionen oft mehrfach geführt. So kommt es auch, dass die Diskussion um/über die AVV an sich periodisch wieder auftaucht und dann in Vergessenheit gerät. Dabei ist in manchen Punkten Kontinuität von Vorteil, da ansonsten alte Argumente/Probleme neu entdeckt werden müssen.«<sup>56</sup>

Die Gruppe erhofft sich, durch eine schriftliche Diskussion über die Vollversammlung in der Zeck eine höhere Verbindlichkeit der Debatte zu erreichen.

Wenig später zeigt sich jedoch, dass das Konzept der autonomen Vollversammlung in Hamburg keine Zukunft hat. Im Oktober 2012 wird diese Organisationsform von den beteiligten Gruppen aufgegeben:

»Nachdem die monatliche Vollversammlung am 15.10. zum vierten Mal in Folge wegen zu geringem Interesse ausfallen musste, haben wir gemeinsam das Projekt beendet. Die wenigen, die gekommen sind, fanden das Projekt zwar im Grund sinnvoll, aber wenn es zu wenig Menschen gibt, die das auch so sehen, macht ein weiteres Dahinschleppen keinen Sinn. Die zweieinhalb Jahre, die die AVV existierte, bestand ein großes Problem darin, dass sich organisierte Gruppen kaum beteiligten. Auch das führte dazu, dass Diskussionen vielfach anstrengend und wenig weiterführend verliefen.«<sup>57</sup>

Der autonome Kongress von 2009 ist aber nicht nur der Ausgangspunkt von – vorübergehend – regelmäßigen Vollversammlungen, sondern er soll zwei Jahre später auch in seiner ursprünglichen Form (als Kongress) fortgeführt und vertieft werden. Zwar sei 2009 eine erste Bestandsaufnahme zustande gekommen, wie in einer Einladung zur Kongressvorbereitung betont wird; allerdings sei es kaum gelungen, über gemeinsame Perspektiven nachzudenken. Genau das solle nun der Kongress 2011 nachholen, auf dem in einem bundesweiten Rahmen über die Ziele, Formen und Schwierigkeiten autonomer Politik diskutiert werden könne. Im Vergleich zum Vorgänger solle dieses Mal gezielter an konkreten Schwerpunkten entlang diskutiert werden, wobei die Vorbereitungsgruppe drei Felder vorschlägt: Unter dem Stichwort Krise solle es hauptsächlich um den aktuellen Zustand der Herrschaftsverhältnisse gehen, darum, wie sie sich aktuell konkret formieren, ob sie sich zuspitzen, erneuern oder bloß in ihren klassischen Formen fortsetzen. Zweitens könne über die Transformation autonomen Widerstands diskutiert werden: Wenn sich die eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen und damit auch die vielbeschworene »erste Person« verändern, müsste dann nicht auch das autonome Projekt neu bestimmt werden? Hier solle auch die Funktion von autonomen Freiräumen diskutiert werden:

»Haben wir uns mittlerweile zu sehr in unsere Nischen zurückgezogen und uns mit dem eisigen draußen abgefunden? [...] Besetzte Räume wie die Rote Flora in Hamburg sind wichtig, aber geht es darin ums Überwintern und Warten auf bessere Zeiten? [...] Streben wir nach wie vor entschlossen und tatkräftig an, die Gesellschaft zu verändern,

56 AVVmärz-Vorbereitungs-crew: Nachbereitung Autonome VollVersammlung vom 15.03.2012. In: *Zeck168\_2012*, S. 5.

57 O.A.: Die AVV existiert nicht mehr. In: *Zeck171\_2012*, S. 3.

oder haben wir uns arrangiert und verharren autistisch in unseren selbst geschaffenen, aber begrenzten sogenannten Freiräumen?«<sup>58</sup>

Drittes Thema könne Militanz sein, ihre Vermittlung, ihr Wechselspiel mit anderen Aktionsformen sowie die Bedingungen, unter denen sie emanzipative Wirkung entfalten könne.

Im Januar 2011 findet ein erstes Planungstreffen in Köln statt. Hier sei ebenfalls diskutiert worden, den Kongress als eine inhaltliche Weiterführung des Kongresses von 2009 zu konzipieren: Während 2009 noch eine relativ selbstbezogene Bestandsaufnahme der Autonomen erfolgt sei, sollten dieses Mal die gesellschaftlichen Verhältnisse im Mittelpunkt stehen. In diesem Zusammenhang sei insbesondere der eigene Bezug zur Gesellschaft zu hinterfragen: »Wollen wir eine relevante gesellschaftliche Kraft durch die Offenheit gegenüber anderen werden, dann muss die nischenhafte Feierabendpolitik aufgebrochen werden.«<sup>59</sup> Man erwarte, dass der Kongress die politische Nabelschau des Kongresses zwei Jahre zuvor überwinde und eine gemeinsame politische Agenda voranbringe.

Diese hohen Erwartungen kann der Kongress, der im Juni 2011 in Köln stattfindet, nicht einlösen. Im Gegenteil lässt er die Teilnehmenden recht ratlos zurück, wie ein Auswertungstext von Autonomen in der *Zeck* nahelegt:

»Zwei Monate sind seit dem Kölner Autonomen Kongress vergangen. Ganz so, als hätte es ihn nie gegeben, so der Eindruck im Nachhinein. Die Sprachlosigkeit und das Nicht-verhalten im Anschluss an den Kongress spiegeln die allgemeine Atmosphäre aus Köln ganz gut wider.«<sup>60</sup>

Dies sei sehr bedauerlich, weil die Rahmenbedingungen für den Kongress eigentlich ideal erschienen: Mit 400-500 TeilnehmerInnen war die Veranstaltung sehr gut besucht, die Diskussionsatmosphäre sei äußerst solidarisch und angenehm gewesen und die Vorbereitungsgruppe habe mit einem transparenten Ablaufplan und einer umfangreichen Textsammlung eine gute Grundlage gelegt.

Ein Problem sei aber gewesen, dass es nur eine geringe Zahl von inhaltlichen Beiträgen gegeben habe: »Der Eindruck, dass es nur noch wenige autonome Zusammenhänge gibt, die ihren theoretischen Output zur Diskussion stellen, wurde während und nach dem Kongress bestätigt.«<sup>61</sup> Auch der konkrete Ablauf des Kongresses habe eine fokussierte inhaltliche Diskussion leider unmöglich gemacht: Jedes Thema sei durch ein Eingangsreferat angerissen worden, im Anschluss habe man in Kleingruppen eine knappe Stunde Zeit gehabt, über den Input zu diskutieren, danach hätten dann die Kleingruppen ihre jeweiligen Ergebnisse im Plenum vorgestellt. Die Zeit für die Diskussion in den Kleingruppen sei aber leider zu knapp bemessen gewesen; da manche

<sup>58</sup> O.A.: Einladung – Vorbereitungstreffen für einen »Kongress« für autonome Politik 2011. In: *Zeck 160\_2011*, S. 9-13, hier S. 11.

<sup>59</sup> O.A.: Einladung zum Vorbereitungstreffen für einen Kongress für autonome Politik 2011. In: *Zeck 161\_2011*, S. 23f., hier S. 23.

<sup>60</sup> Ein paar Autonome aus Rhein-Main: Ein Rückblick auf den Kongress für autonome Politik vom 17.-19.6.2011 in Köln. In: *Zeck 165\_2011*, S. 18f., hier S. 18.

<sup>61</sup> Ebd.

Kleingruppen fast achtzig TeilnehmerInnen umfassten, sei eine Diskussion zudem ohnehin schwierig gewesen und zumeist hätten nur einige gut vorbereitete Personen das Wort ergriffen, während der Rest schweigend zugehört habe. Das Zusammentragen im großen Plenum habe dann ebenfalls keine tiefergehenden Diskussionen ermöglicht.

Insgesamt seien die Themen zu breit für eine sinnvolle Diskussion gewesen. Er schwerend sei hinzugekommen, dass sich viele TeilnehmerInnen in keiner Weise inhaltlich vorbereitet hätten:

»Hätten sich mehr Leute die Mühe gegeben, den Reader zu lesen [...] wäre der Kongress im Wesentlichen weitaus effektiver gelaufen. So ergab sich permanent das Problem, dass Diskussionsbeiträge weitab vom eigentlichen Thema eingeworfen wurden. [...] so, wie die Diskussionen letzten Endes liefen, wäre eine Vorbereitung nicht nötig gewesen. Denn irgendwie mitlabern konnte so jede/r.«<sup>62</sup>

Ein gutes Beispiel seien die Diskussionen zum Thema Militanz gewesen: Hier seien so unterschiedliche Konzepte und Ideen verbreitet, dass eine Diskussion in einer Gruppe zusammengewürfelter Leute, die sich nicht kennen, völlig aussichtslos gewesen sei. Auch habe sich hier die fehlende Vorbereitung besonders drastisch gezeigt, die meisten Teilnehmenden hätten keinerlei Bezug zu den aktuellen oder vergangenen Debatten zu dem Thema hergestellt. »Auch hier wurde wieder nicht entlang der Kongressthesen diskutiert, sondern es wurde viel mehr ins Blaue geredet, ohne dass wohl eine/r der Beteiligten irgendeinen Nutzen daraus ziehen konnte.«<sup>63</sup>

Insgesamt sei durchaus erstaunlich gewesen, wie viele Menschen sich weiterhin für autonome Politik interessierten bzw. sich sogar mit dem Label »autonom« identifizieren könnten. Es habe sich aber auch gezeigt, wie divers die Bewegung aktuell sei. Gemeinsame Ziele oder Strategien seien zumindest nicht erkennbar gewesen. Der Bewegung werden insgesamt eine gewisse Geschichtslosigkeit und ein kurzes Gedächtnis vorgeworfen, was zusammen zu einer enormen Schwierigkeit führe, aus der eigenen Politik zu lernen:

»Auch ist uns unklar, wieso es während des Kongresses keinerlei Bezugnahme auf den Autonomen-Kongress in Hamburg 2009 gab. Sollte der Kongress in Köln nicht irgendwo darauf aufbauen bzw. eine Weiterführung darstellen? [...] Ein weiteres Problem, wenn auch kein unbekanntes, scheint uns die mangelnde Nachwuchsarbeit/Wissensweitergabe durch ältere Genossinnen zu sein. Wir haben den Eindruck, dass viele junge Autonome versuchen, die ›Alten‹ nachzumachen, jedoch die Zeit der 1980er/90er durch die rosa Brille betrachten und keine Schlüsse aus dem Scheitern der damaligen Bewegung ziehen (können).«<sup>64</sup>

62 Ein paar Autonome aus Rhein-Main, S. 18.

63 Ein paar Autonome aus Rhein-Main, S. 19.

64 Ebd.

## 9.2 Debatten über Demonstrationen und konkrete Strategie

Immer wieder wird in der Zeck anhand der Auswertung von vergangenen Aktionen versucht, über Stärken und Schwächen bestimmter strategischer Ansätze zu diskutieren und neue Aktionsformen zu entwickeln. Insbesondere das Auftreten der autonomen Bewegung in dem sogenannten Schwarzen Block auf Demonstrationen ist wiederholt Gegenstand interner Kritik, »da dieses als sehr militaristisch und martialisch rüberkommt, Militanz dort teilweise fetischisiert wird und damit patriarchale Strukturen reproduziert werden.«<sup>65</sup> Aus der Debatte hätten sich daher eine ganze Reihe neuer Konzepte und Aktionsformen ergeben, die kreativer seien und stärker versuchen würden, Politik und Kultur zu verbinden, beispielsweise *Reclaim the Streets*-Partys, *Critical Mass*, *Pink Silver* oder *Carnival against Capitalism*.<sup>66</sup> Oft ist eine schlichte Frustration mit den klassischen Mitteln des Protestes die Ursache für die Erschließung neuerer Aktionsformen: »Demos, Flugblätter verteilen erscheinen uns oft als überholt und ausgelutscht. Um der alltäglichen Frustration, Trägheit und Phantasielosigkeit etwas entgegenzusetzen, holen wir das Konzept der Spaßguerilla wieder aus der Schublade.«<sup>67</sup> Der Vorteil dieser Aktionsformen, die beispielsweise gefälschte Behördenschreiben, das Verändern von Reklametafeln oder die Durchführung von *Fake*-Kontrollen umfassen, sei ihr subversiver Charakter, der bestens geeignet sei, um starre gesellschaftliche Verhältnisse zu entlarven und aufzubrechen. Solche Aktionen würden den Rhythmus des Alltags durcheinanderbringen und seien im Vergleich zu militanten Aktionen für Außenstehende weniger abschreckend.

Die um sich greifende Unzufriedenheit mit klassischen Demonstrationen speist sich laut der Einschätzung linksradikaler Gruppen in der Zeck gleichzeitig aus internen und externen Faktoren. Die Gruppe *See-you-in-the-streets-Gang* argumentiert, dass insbesondere die starke Präsenz von Polizeikräften auf autonomen Demonstrationen dazu führe, dass die Teilnahme oft unangenehm sei. Anwesende müssten sich an die Spielregeln der Polizei halten, es herrsche oft ein Gefühl des Ausgeliefert-Seins, das keine Handlungsoptionen und keine Selbstbestimmung zulasse. Darüber hinaus sei eine weitere Konsequenz, dass sich die Demonstration oftmals nur an der Polizei abarbeite und keine weiteren inhaltlichen Akzente setzen könne. Die starke Begleitung von Demonstrationen durch Polizeispaliere oder schwere Geräte wie Wasserwerfer werde ergänzt durch eine Vielzahl von Auflagen bei der Anmeldung, beispielsweise das Verbot des Laufens oder Hüpfens oder die Beschränkung der Länge von Transparenten. Dabei dienten die massive Polizeipräsenz und die Reglementierung der Demonstration insgesamt der Präsentation und Legitimation von Macht. Die im Vorfeld vieler Demonstrationen heraufbeschworenen Bedrohungsszenarien bestätigten die Legitimität

<sup>65</sup> O.A.: Global Action – Local Congress. Perspektiven linksradikaler Politik. In: *Zeck* 104\_2001, S. 6f., hier S. 7.

<sup>66</sup> Ein Überblick über verschiedene Aktionsformen jenseits der klassischen Demonstration findet sich auch bei Amann, Marc (Hg.) (2011): *go. stop. act! Die Kunst des kreativen Straßenprotests. Geschichten – Aktionen – Ideen*. Grafenau u.a: Trotzdem.

<sup>67</sup> O.A.: zugeschaut und nachgebaut – kleine anregungen für den subversiven alltag. In: *Zeck* 116\_2003, S. 14.

des Polizeiapparates, unabhängig davon, ob es sich um eine bewusste Strategie oder eher um eine verselbstständigte Eigenlogik handele.

Diese externen Faktoren reichten aber nicht aus, um die Frustration gänzlich zu verstehen. Hinzu komme eine Reihe interner Faktoren. Zuallererst sei die Demonstrationskultur und das darin eingeschriebene Selbstverständnis problematisch:

»Unsere Demokultur zeichnet sich durch eine einigermaßen ritualisierte Choreografie aus: Gehen in einem Block, mit Vorliebe durch die üblichen Viertel, möglichst in Ketten, umhüllt von Transparenten (sofern dieses nicht durch Auflagen beschränkt ist) und zwischendurch ein paar billigend in Kauf genommene Redebeiträge.«<sup>68</sup>

Diese Form der Abschottung sei aber nur in Einzelfällen ein notwendiger Selbstschutz oder ein gewollter politischer Ausdruck, meistens sei sie eher ein Relikt alter Tage und eine Form der Selbstvergewisserung, die beinahe autistisch sei und die Demonstration häufig lähmte. Der Einheitslook, die schwarzen Klamotten und die Zurschaustellung von Militanz seien Ausdruck einer Zeitschleife, in der schlicht auf Konzepte aus den 1980er Jahren zurückgegriffen werde, die unter heutigen Bedingungen nur bedingt sinnvoll seien.

Die Verbindung von verschiedenen Kämpfen auf größeren Bündnisdemonstrationen gelinge meistens nur sehr eingeschränkt, so dass die Mobilisierungsaufrufe und Redebeiträge eine Aneinanderreihung von postulierten Problemen ergäben, die nur zeigen, »dass in Hamburg ganz schön viel Scheiße passiert«<sup>69</sup>, aber keine Perspektiven für linksradikale Interventionen aufzeige. Zusätzlich führe die reflexartige Ankündigung von Demonstrationen als standardmäßige Reaktion auf alle möglichen Vorfälle dazu, dass zu viele verschiedene Demos in zu kurzer Abfolge veranstaltet würden.

»Der Demomarathon verheizt Kräfte und macht unsere Schwäche umso sichtbarer. In ihm wird Bewegung eher vorgetäuscht, anstatt dieser beizutragen. [...] Eine Konzentration auf weniger Termine, die dafür aber mit mehr Elan angegangen würden, könnte auch dazu führen, dass wir das, was wir wollen erstens besser klar kriegen und zweitens dann auch kraftvoller auf der Straße artikulieren können.«<sup>70</sup>

Die Kombination dieser Faktoren führe zu einem kontinuierlichen Abwärtstrend: immer weniger Erfolgerlebnisse und dadurch eine demoralisierende Wirkung nach innen. Dennoch solle man sich nicht leichtfertig von der Aktionsform der Demonstration verabschieden. Demonstrationen seien anerkannte, etablierte, sicht- und hörbare Formen politischer Praxis, die kollektive Opposition gegen Herrschaftsverhältnisse nicht nur ausdrücken, sondern auch hervorbringen könnten. Sie seien symbolische und temporäre Aneignungen von öffentlichem Raum und trügen maßgeblich zur Reproduktion der Szene bei, weil es sich bei ihnen um niedrigschwellige Zugangsmöglichkeiten handele. Auch die Selbstvergewisserung, nicht allein und vereinzelt zu sein, sondern

---

68 See-you-in-the-streets-gang: Einige Aspekte zur Unerfreulichkeit gegenwärtiger Demonstrationskultur. In: *Zeck* 128\_2005, S. 8-11, hier S. 9.

69 Ebd.

70 Ebd.

gemeinsam für etwas zu kämpfen, sei eine prinzipiell wertvolle Qualität von Demonstrationen.<sup>71</sup>

Demonstrationen sollten daher nicht abgeschafft, sondern kritisch modifiziert werden. So müsse sich die Szene z.B. fragen, ob die Konfrontationslogik bzw. die Inszenierung von Militanz auf jeder Demonstration angebracht seien.

»Zu fragen wäre allerdings, ob die Bullen tatsächlich irgendwen oder irgendetwas vor (einigen von) uns beschützen müssen. Was und welche würden wir konfrontieren, wie agieren, wenn mal kein Staatspersonal zur Stelle wäre? Gäbe es dann die Riots, für die sich viele Demoteilnehmer\_innen dem Habitus und den Parolen nach schon bestens gerüstet haben? Oder schmeichelt gerade die massive Polizeipräsenz der Fiktion einer eigenen ›Gefährlichkeit‹, die so weder eingelöst werden kann noch soll?«<sup>72</sup>

Auch müsse man sich die Frage stellen, ob eine Demonstration eher der Selbstbestätigung und Kollektivität nach innen oder eher der Vermittlung von Inhalten nach außen dienen solle. Ebenso sei zu fragen, ob Redebeiträge geeignet seien, um Inhalte zu vermitteln, oder ob sie nur nerven würden (oder beides).

Es gebe keinen guten Grund, an bestimmten Aspekten von Demonstrationen krampfhaft festzuhalten, obwohl sie nicht mehr sinnvoll seien. Die AutorInnen versuchen hier also wieder einmal, einen expliziten Lernprozess anzustoßen; sie fordern, sich mehr mit der Geschichte der Demonstrationskultur zu beschäftigen und verschiedene Elemente unterschiedlicher Aktionsformen zusammenzubringen.

»Durch eine historische Perspektive würde wahrscheinlich zunächst einmal deutlich werden, dass es sich bei Demopraxen um Ergebnisse von Lernprozessen handelt und nicht um Reißbrettentwürfe (was nicht ganz unwesentlich für die Entwicklung toller neuer Konzepte ist). [...] So ließe sich vielleicht aus der Geschichte lernen, anstatt sich an bereits gemachten Fehlern abzuarbeiten – neue werden wir eh machen.«<sup>73</sup>

Zwei prinzipielle Entwicklungen seien denkbar: Entweder könne man versuchen, neue Demonstrations- und Aktionsformen zu entwickeln, oder aber an den alten Formen festhalten und dabei versuchen, neue Spielräume zu gewinnen.

Ein Konzept, das in die zweitgenannte Richtung gehe, sei z.B. das *Out of Control*-Konzept, bei dem versucht werde, durch zeitweilige Zerstreuung aus der engen Polizeibegleitung auszubrechen, die Demonstration schwer kontrollierbar zu machen und die Polizeipräsenz ad absurdum zu führen.<sup>74</sup>

In der Nachbereitung einer Demonstration gegen die NATO-Sicherheitskonferenz 2011 werden ebenfalls neue Varianten und Alternativen zum klassischen Demo-Block diskutiert. Man habe sich im Vorfeld auf eine Form geeinigt, von der man sich eine größere Wahrnehmbarkeit der eigenen Inhalte verspreche:

<sup>71</sup> Vgl. see-you-in-the-streets-gang, S. 10.

<sup>72</sup> Ebd.

<sup>73</sup> See-you-in-the-streets-gang, S. 11.

<sup>74</sup> Vgl. dazu AK Out of Control: Out of Control 15.12.2007 bundesweite Demo und Interventionsraum.

In: *Zeck 141\_2007*. Vgl. auch Netzwerk »Out of Control«: Das Freiburg Programm. In: *Zeck 156\_2010* sowie o.A.: Hamburg out of control. In: *Zeck 144\_2008*.

»Wir hatten uns dieses Jahr dafür entschieden, das Auftreten des Blockes offener zu gestalten: So lief die Blockspitze ohne Seitentransparente und ohne Ketten – sehr wohl aber in organisierten Reihen. [...] Der Block in dieser Form war entschlossen, aber nicht abgeschlossen, sichtbar, laut, kreativ und selbstbewusst.«<sup>75</sup>

Trotz dieses offenen Ansatzes dürfe aber nicht riskiert werden, dem Zugriff der Polizei schutzlos ausgeliefert zu sein. Daher sei es wichtig, dass die vorderen Teile der Demonstration vornehmlich von organisierten Gruppen getragen würden, die im Falle der Konfrontation mit der Polizei wüssten, was zu tun sei:

»Wir finden es sinnvoll, dass sich organisierte Zusammenhänge im Vorfeld verbindlich absprechen, um während der Demo in offenen Reihen zu gehen, die sich im Fall von Bullenübergriffen schnell zu einem mit Seitentranspis geschützten und in Ketten laufenden Block zusammen tun können, aber dieses Repressionsszenario nicht stets in ihrem Auftreten vorwegnehmen müssen.«<sup>76</sup>

Zudem sei wichtig, eine breit aufgestellte Struktur von OrdnerInnen zu organisieren, die in der Lage sein müsse, die gemeinsam getroffenen Entscheidungen effektiv umzusetzen.

Auch eine andere Gruppe, *The Uncontrollables*, plädiert für dezentrale Organisationsformen. Angemeldete oder spontane Demonstrationen seien immer einer starken polizeilichen Kontrolle unterworfen, was sie starr und leicht beherrschbar mache. »Wenn Spontan-Demos vor der Flora nicht mehr laufen dann muss sich wohl Ort, Zeit und Tempo ändern. Wenn große Demos in Wanderkessel und Kontrolle erstickt werden, könnte Mensch sich ja durchaus ein wenig später an anderem Ort wieder zusammenfinden.«<sup>77</sup> Wechselkleidung sei ebenfalls ein hervorragendes Mittel, um Kontrollen zu umgehen und der Polizei eine klare Zuordnung vor und nach der Demonstration so schwer wie möglich zu machen. Abschließend plädieren die AutorInnen für eine stärkere Lernbereitschaft der Szene, die insgesamt zu lange an althergebrachten Ritualen festhalte: »Wenn wir also das nächste Mal feststellen, dass eine Strategie, ein Plan, nicht mehr funktioniert, sollten wir es einfach mal mit etwas anderem versuchen und nicht immer Fehler wiederholen.«<sup>78</sup>

Natürlich wäre es irreführend, die Kritik am klassischen Auftreten von Demonstrationen als Konsens in der linken Szene anzusehen: Dass linksradikale Demonstrationen so aussehen, wie sie aussehen, liegt nicht nur an der mangelnden Lernfähigkeit der Szene, sondern auch daran, dass zumindest einige TeilnehmerInnen einen solchen Ablauf favorisieren. Dieser Umstand zeigt sich beispielsweise in der Kritik *Einiger (Post-)Autonomer* an einer Demonstration in Hamburg im Januar 2012. Sie kritisieren in ihrem Beitrag insbesondere die Außenwirkung der Demonstration, die aus ihrer Sicht exemplarisch für das Auftreten der radikalen Linken sei. Die politischen Inhalte würden sich zumeist auf Parolen und stumpfe Ablehnung beschränken; die Äußerungen auf Transparenten, beispielsweise die Forderung danach, deutsche Kontinuitäten anzugreifen,

75 O.A.: Nachbereitung zu den anti-siko Protesten 2011. In: *Zeck 161\_2011*, S. 4f., hier S. 5.

76 Ebd.

77 The uncontrollables: Mal wieder was wagen. In: *Zeck 161\_2011*, S. 13.

78 Ebd.

seien für Außenstehende kaum zu verstehen und könnten daher auch keine Wirkung entfalten. »Es erscheint so, als ob Mensch überhaupt nicht wüsste, an wen oder was sich die Demonstration überhaupt richtet. Gesellschaftskritik dieser Art erreicht im besten Fall noch die ›eigenen‹ Leute, jedoch selten den Großteil der Gesellschaft an sich.«<sup>79</sup> Hinzu komme die für die konkrete Situation völlig unangemessene Formation eines abgeschlossenen Schwarzen Blocks, obwohl es sich erkennbar um eine »reine Latsch-demo« gehandelt habe.

»Wiederum wird Mensch den Eindruck nicht los, dass es vielen Demonstrationsteilnehmer\_innen nicht um eine ernsthafte Vermittlung von linksradikalen Inhalten geht, sondern vielmehr um das zur Schau stellen einer identitätsstiftenden ›rebellischen Haltung‹.«<sup>80</sup>

Die AutorInnen hoffen auf eine intensivierte Reflektion der eigenen Verhaltensweisen, Aktionsformen und Auftreten in der Zukunft, weil die radikale Linke sonst keine Chance habe, tatsächliche gesellschaftliche Relevanz zu erlangen. »Die radikale Linke sollte den bestehenden Verhältnissen endlich mehr entgegensezten können, als antiquierte Aktionsformen aus den 80igern!«<sup>81</sup>

Bestimmte spektakuläre Anlässe dienen immer wieder als Ausgangspunkt, um die eigene Praxis einer verstärkten Überprüfung zu unterziehen. Ein solcher Anlass ist beispielsweise die bereits mehrfach erwähnte Demonstration vom 21. Dezember 2013, bei der es trotz mehrerer tausend TeilnehmerInnen nicht gelingt, sich gegen den Widerstand der Polizei in Bewegung zu setzen. Im Nachgang finden etliche dezentrale Aktionen statt, bei denen die Polizei die Lage nicht unter Kontrolle bekommt und so insgesamt ein hoher Sachschaden verursacht wird.<sup>82</sup>

In der Nachbereitung der Demonstration überwiegt die Kritik an den eigenen Planungen: Das Schanzenviertel sei ein schlechter Startpunkt gewesen, da es bei ausreichender Vorbereitung der Polizei sehr leicht zu sichern sei. Bei der Vorbereitung der Demo habe man sich aber zu wenig mit taktischen Fragen beschäftigt, wohingegen die Polizei in dieser Beziehung einen Schritt voraus sei: »Im Gegensatz zu uns werden die Erfahrungen der Aufstandsbekämpfung bei den Bullen seit Jahrzehnten systematisch ausgewertet und entsprechende Schlüsse daraus gezogen.«<sup>83</sup> Anstatt die Möglichkeiten zu sondieren, wie und wo die Demonstration, wenn nötig, mit anderen Mitteln durchsetzbar wäre, habe man sich bei der Planung nur an den traditionellen symbolischen

79 Einige (Post-)Autonome: Kritik zum Auftreten der Demonstration »Der Tod ist ein Meister aus Deutschland«. In: *Zeck 167\_2012*, S. 4.

80 Ebd.

81 Ebd.

82 Zwar wird der Sachschaden überwiegend als Erfolg gewertet, es finden sich aber auch kritische Stimmen innerhalb der Szene. So bewertet die Zeck-Redaktion die Aktionen der Kleingruppen folgendermaßen: »[...] es gelang großen und kleinen Gruppen in der Folge sich im Bereich St. Pauli/Reeperbahn die Straße zu nehmen und massiven Sachschaden zu produzieren. Dabei sind viele gute Aktionen zustande gekommen, über andere werden wir diskutieren müssen.« Redaktion: Vorwort der Redaktion. In: *Zeck 178\_2014*, S. 2.

83 O.A.: Von der Schanze bis zur Reeperbahn. In: *Zeck 178\_2014*, S. 6f., hier S. 6.

Orten (Rote Flora, Esso-Häuser, Schanzenviertel) orientiert. Dieser Fehler sei aus der aktuellen Lage der alten linken Netzwerke zu erklären:

»Jenseits aller Polemik muss vielleicht auch thematisiert werden, inwieweit die üblichen Netzwerke in Hamburg rund um die Flora und das Recht auf Stadt mit der Organisierung eines solchen Tages auch deshalb überfordert sind, weil sie jenseits aller solidarischen Haltung gegenüber militanten Aktionen einfach nicht Teil einer aufständischen Praxis sind.«<sup>84</sup>

Hier wird also ein relativ klarer Strich zwischen den etablierten Netzwerken und der aufständischen Bewegungspraxis gezogen. Anders als bei der Kritik, die sich gegen die sogenannten BewegungsmanagerInnen richtet (mehr dazu unter Punkt 9.4), führt diese Einschätzung aber zu keiner Entsolidarisierung, sondern eher zu einer Sichtweise, die die Unterschiedlichkeit von politischen Formen von verschiedenen Teilen der Linken betont und dabei berücksichtigt, dass diese sich gegenseitig ergänzen.

»Unsere Grüße gelten: Den Leuten rund um den Recht auf Stadt Block, die sich über Stunden von den Bullen nicht haben einmachen lassen – über alle politischen Unterschiede hinweg, dafür lieben wir euch! Den Leuten aus der Flora, deren Sicht auf viele Dinge wir nicht teilen, die aber konsequent und langatmig ›ihr Projekt‹ immer wieder in die Waagschale werfen, um den Frieden im Empire ein wenig brüchiger werden zu lassen.«<sup>85</sup>

Gerade bei größeren Bündnissen steht immer wieder die Frage im Zentrum, welche Aktionen durchgeführt werden sollen und welche im Rahmen des Bündnisses nicht akzeptiert werden. Das Prinzip eines zeitlich und räumlich begrenzten Aktionskonsenses, auf den man sich im Bündnis einigt und innerhalb dessen dann alle beteiligten Gruppen selbstständig agieren können, scheint zwar auf den ersten Blick eine Lösung für dieses Dilemma zu bieten, wird aber selbst mehrfach zur Zielscheibe von Kritik. Der Vorwurf, den *Einige autonome Gruppen* vorbringen, ist folgender: Ein Aktionskonsens sei nichts anderes als der Versuch einer Befriedung des Protests und solle militante Auseinandersetzungen verhindern. Diese Kritik wird abermals mit der Kritik an der Rolle sogenannter BewegungsmanagerInnen verbunden:

»Wir betrachten das als eine unerträgliche Repräsentanz, in der eine Gruppe als vortur-nende ›Aktionsleitung‹ dem Rest als Herde die Handlungsoptionen vorgibt. Das deckt sich weder mit unserem Selbstverständnis, noch trägt es unserer Ansicht zu einer Stär-kung der Bewegung bei.«<sup>86</sup>

Auch innerhalb eines Bündnisses sei wichtig, sich immer nur als einen Akteur von vielen zu begreifen. Statt also einen für alle verbindlichen Rahmen vorzugeben, sei es daher sinnvoller, die Vielfalt einer Bewegung zu akzeptieren und offensiv zu einer Stärke zu

<sup>84</sup> O.A.: Von der Schanze bis zur Reeperbahn, S. 7.

<sup>85</sup> Ebd.

<sup>86</sup> Einige autonome Gruppen: Vielfalt statt Einfalt – Bewegung ohne »Aktionskonsens« stärken. Eine Absage an jegliches Hegemonie-Bestreben innerhalb des Widerstandes. In: Zeck 190\_2016, S. 10f., hier S. 10.

machen. Die Protestbewegung aus dem Wendland wird dabei als Vorbild skizziert: Die Gewöhnung an die eigene Vielfalt sei

»ein Lern und Streitprozess, den die unterschiedlichsten Gruppen im Wendland bereits hinter sich haben: Hier hat sich eine kooperative Vielfalt darauf verständigt, dass 1.) jeder seine Aktionen selbst kommentiert (über selbst gewählte Verbreitungskanäle) und 2.) diese als eine von vielen darstellt. Ein solches solidarisch-kollegiales Nebeneinander vereint im gesamtheitlichen Miteinander muss zwar immer wieder erstritten werden (Castor-Schottern 2010), ist jedoch seit vielen Jahren guter Widerstandston im Wendland.«<sup>87</sup>

Die BefürworterInnen eines verbindlichen Konsenses würden zumeist einwenden, dass die Unberechenbarkeit von Protesten mögliche SympathisantInnen abschrecken könne oder eine gedeckelte Militanz die Masse vor allzu heftigen Übergriffen durch die Polizei schütze. Beides sei allerdings ein Irrglauben: Unberechenbarkeit und Vielfalt seien Stärken des Protests, und oft habe die Vergangenheit bereits bewiesen, dass sich die Heftigkeit der Reaktion der Polizei nicht unbedingt an den eigenen Mitteln orientiere. Die AutorInnen warnen außerdem vor einem Teufelskreis, in den man gerate, wenn man bei allen Aktionen ausschließlich auf die Mobilisierung von mehr Masse setze: Der Wunsch, immer mehr zu werden, führe oft dazu, dass jede Aktion ein Erfolg sein müsse, um eine verstärkte positive Ausstrahlung zu garantieren. Kritische Analysen seien dann nur noch im Hinterzimmer möglich; teilweise führe dieser Erfolgsdruck auch zu verstärkter Kooperation mit der Polizei, um einen reibungslosen Ablauf zu garantieren. Insgesamt sei ohnehin wichtig, dass man allen Hegemoniebestrebungen innerhalb der radikalen Linken eine klare Absage erteile: »Nichts lähmt und bremst die Dynamik sozialrevolutionärer Bewegungen stärker als jedweder Versuch von Vereinnahmung oder Alleinvertretung.«<sup>88</sup>

Diese Überzeugung ist auch Basis der Mobilisierung gegen den G20-Gipfel in Hamburg, wie die *Kampagne Flora bleibt unverträglich* skizziert:

»Wenn der G20 im Juli 2017 nach Hamburg kommt, sehen wir keinen Erfolg in einer Mobilisierung, die viele Menschen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner versammelt und von der am Ende wenig mehr bleibt als simple Botschaften. Wir sind stattdessen für eine politische Differenzkultur mit utopischem Überschuss, die notwendige Radikalisierungen im Handgemenge nicht nur zulässt, sondern beabsichtigt.«<sup>89</sup>

Es sei der falsche Weg, einen gesamtgesellschaftlichen Konsens anzustreben. Stattdessen seien Brüche, Differenzen und Streit notwendig. Aus einem ähnlichen Grund wird auch linker Populismus, der bestehende Ressentiments aufgreifen und linke Politik mehrheitsfähig machen wolle, abgelehnt. Eine gesellschaftliche Mitte, die entmenschlichte Zustände an den EU-Außengrenzen, Armut, kapitalistische Zwänge oder Kriege

---

<sup>87</sup> Einige autonome Gruppen: Vielfalt statt Einfalt, S. 10.

<sup>88</sup> Einige autonome Gruppen: Vielfalt statt Einfalt, S. 11.

<sup>89</sup> Kampagne Flora bleibt unverträglich: Schluss mit dem Konsens: Für Differenzkultur und radikale Antworten gegen den Wettbewerb der Elendsverwaltung. In: Zeck 196\_2017, S. 8f., hier S. 8.

als unveränderlich akzeptiere, könne keine Basis linker Inhalte sein und dürfe daher auch gar nicht erst als Zielgruppe linker Politik anvisiert werden.

Die AutorInnen erwarten Proteste gegen den Gipfel, die völlig anders verlaufen werden, als alle im Vorhinein glauben.<sup>90</sup> Die Proteste seien ein offenes Experiment, an dem alle teilhaben könnten.

»Die Autonomie von Bewegungen und Akteur\*innen ist dabei gut und nicht schlecht. Geordnete, mahnende Proteste nach den jeweils vorherrschenden moralischen Maßstäben und Spielregeln sind das Mittel jener, die an der bestehenden Gesellschaftsordnung teilhaben wollen und können. [...] Wir lehnen Hegemoniebestrebungen ab, die für Demonstrationen und Proteste allgemeingültige Regeln aufstellen und so definieren wollen, wer oder was als Protest politisch anerkannt wird.«<sup>91</sup>

Auch in Bezug zur Gesellschaftsordnung wird Vielfalt und Differenz gefordert:

»Wir wollen eine andere Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wir suchen dabei nicht den kleinsten gemeinsamen Nenner oder den Kompromiss, sondern Brüche und Experimente für eine Welt, in der viele Welten möglich sind. Unser Ziel ist eine solche Radikalisierung der Gesellschaft.«<sup>92</sup>

Ein häufig angesprochenes Problem in Bezug auf militante Aktionsformen ist die mangelnde Reflektionsfähigkeit der radikalen Linken, die von einigen AktivistInnen regelmäßig kritisiert wird. Gerade in Situationen, in denen Straftaten verübt wurden und in denen die Polizei im Nachhinein ermittelt, verhindert die Forderung nach konsequenterem Schweigen eine kritische Aufarbeitung. Immer wieder wird daher in der Zeck über die Gründe debattiert, die die oftmals eingeschränkte Lernfähigkeit der radikalen Linken in dieser Hinsicht verursachen. Eine besondere Schwierigkeit, die sich bei der kritischen Auswertung von bestimmten Aktionen ergeben kann, wird im Zusammenhang einer Hausbesetzung in der Breiten Straße im August 2014 thematisiert. Bei der Räumung des Hauses werden insgesamt fünf BesetzerInnen festgenommen und mit drastischen Anklagepunkten konfrontiert: Im Raum stehen die Tatvorwürfe des gemeinschaftlich versuchten Totschlags, der gefährlichen Körperverletzung, des Hausfriedensbruchs und des Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte. Um die Räumung

<sup>90</sup> Wie der letztliche Ablauf des Gipfels zeigte, sollten sie mit dieser Einschätzung recht behalten: Trotz größter polizeilicher Aufrüstung schienen die Sicherheitsorgane mehrfach von den Aktionen der Demonstrierenden überrascht worden zu sein. Vgl. zur gescheiterten polizeilichen Kontrolle des Gipfels: Teune, Simon (2017): Das Scheitern der »Hamburger Linie«. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (8), S. 9-12. Vgl. zu den Eskalationen der Proteste sowohl wissenschaftliche Auswertungen des G20-Gipfels, z.B. Malthaner, Stefan; Teune, Simon; Ullrich, Peter (2018): Eskalation: Dynamiken der Gewalt im Kontext der G20-Proteste in Hamburg 2017. Online verfügbar unter <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-58953-9> [zuletzt eingesehen am 08.12.2019] als auch Berichte und Bilanzen aus den Reihen der AktivistInnen, z.B. GoGoGo (Hg.) (2018): Das war der Gipfel. Die Proteste gegen G20 in Hamburg. Berlin, Hamburg: Assoziation A. oder auch Dellwo, Karl-Heinz; Szepanski, Achim; Weiler, Paul (2018): Riot. Was war da los in Hamburg? Theorie und Praxis der kollektiven Aktion. Hamburg: Laika.

<sup>91</sup> Kampagne Flora bleibt unverträglich: Schluss mit dem Konsens, S. 9.

<sup>92</sup> Ebd.

zu verhindern, sollen die AktivistInnen u.a. mit einem Waschbecken, einem Heizkörper, Türen und Dachlatten auf die PolizistInnen geworfen haben, wobei diese Berichte aus den Massenmedien zum Teil in der *Zeck* dementiert werden. Unstrittig dürfte allerdings sein, dass die Verteidigung des Hauses militant durchgesetzt werden sollte. Während des Verfahrens sehen sich Teile der autonomen Szene in einer Zwickmühle gefangen:

»Wir gehen nicht unter in den Kämpfen, die wir führen, sondern in denen, den wir uns nicht stellen. Ähnliches könnte für Debatten um konkrete politische Aktionen gelten. Doch wie über Vorfälle sprechen, sich positionieren, wenn Schweigen das Gebot der Stunde ist? Die vehementen Aufforderung, konsequent die Aussage zu verweigern, steht immer wieder in der Kritik, Debatten zu verhindern, Maulkörbe zu verpassen und schweigender Vereinzelung Vorschub zu leisten.«<sup>93</sup>

Schweigen sei das einzige Mittel, um die von Ermittlungen Betroffenen zu schützen und den Behörden ihre Arbeit so schwer wie möglich zu machen. Jedes Detail, jedes Gerücht, selbst eindeutige Entlastungen von Beschuldigten könnten nämlich Verdachtsmomente gegen andere erhärten oder sogar zusätzliche Personen in den Fokus der Ermittlungen rücken.

Zwar sei eine breite Debatte über die Legitimität und Sinnhaftigkeit von militanten Mitteln in der Tat wichtig und müsse notwendigerweise geführt werden, um als Bewegung politisch handlungsfähig zu bleiben. Der Zeitpunkt der Debatte, der Grad der Öffentlichkeit und ihre konkreten Inhalte müssten aber an die jeweilige Situation angepasst werden.

»In Bezug auf die Auseinandersetzungen um die Breite Straße bedeutet dies, kritische Debatten entweder nicht während des laufenden Verfahrens zu führen oder von konkreten Ereignissen loszulösen. Das heißt, auch in als sicher empfundenen Zusammenhängen keinen direkten Bezug zu Beschuldigten, Tatvorwürfen und vermeintlichen Fakten herzustellen.«<sup>94</sup>

Das bedeute allerdings nicht, dass es darum gehe, nach einer solchen Aktion in Passivität und Sprachlosigkeit zu verfallen. Im Gegenteil sei es gerade jetzt wichtig, sich in der inhaltlichen Sache klar zu positionieren und solidarisch Haltung zu beziehen. So müsse nun eine Debatte über die Notwendigkeit von Hausbesetzungen geführt werden, in der beispielsweise die Kriminalisierung der Aneignung von Wohnraum thematisiert und kritisiert werde.

Auch eine andere Gruppe fordert eine solidarische Auseinandersetzung mit der Aktion, die insbesondere die militante Praxis verteidigen müsse. Wer sich ein anderes Widerstandslevel angeeignet habe als die übrige Bewegung, dürfe nicht praktisch oder rhetorisch ausgeschlossen werden. Die Entsolidarisierung seitens der gemäßigteren Teile der Bewegung blende den Nutzen, den Militanz für alle habe, schlicht aus: Erst

---

93 EA Hamburg/Rote Hilfe Hamburg: Breite Straße – Wie mit den Ermittlungen umgehen? In: *Zeck* 184\_2015, S. 14f., hier S. 14.

94 Ebd.

militante Aktionen hätten zumeist dafür gesorgt, dass die gemeinsamen Anliegen überhaupt öffentlich wahrgenommen und diskutiert worden seien. Dabei habe es in der Geschichte linker Bewegungen niemals Einigkeit über Militanz gegeben, die Entscheidung zu militanten Aktionen hätten immer einzelne Gruppen getroffen.

Der Akt des Widerstandes gegen die oft als übermächtig erscheinende Staatsgewalt sei eine wichtige Erfahrung, die Mut machen und der Bewegung neuen Schwung geben könne.

»Wir sollten verstärkt darüber nachdenken, warum wir keine Antworten mehr finden auf diese Übermacht, die uns den Arsch versohlen kann, wann immer es ihr passt, die uns ständig demütigt und unser Aufbegehren am liebsten schon im Ansatz erstickt will. Die Wideraneignung einer militänen Haltung bedarf der Ermutigung jeder Einzelnen und sollte eingebettet in die Akzeptanz vieler sein.«<sup>95</sup>

Eine solidarische Haltung müsse auch dann eingenommen werden, wenn man eigentlich Kritik an der konkreten Umsetzung einer Aktion habe. Intern könne gerne ausführlich über Strategien und Mittel diskutiert werden. Nach außen sei es aber wichtiger, die Inhalte der Aktion in den Vordergrund zu stellen: »Neben der praktischen Unterstützung dürfte es erfahrungsgemäß extrem wichtig sein, dass die Inhalte, die hinter der vorgeworfenen Aktion stehen, weiter vorangetrieben werden und es eine moralische Unterstützung gibt.«<sup>96</sup> Das Ausmaß der Vorwürfe gegen die Angeklagten solle nicht nur die unmittelbar Betroffenen einschüchtern, sondern auch alle anderen von ähnlichen Versuchen und dem Zeigen von Solidarität abhalten. Umso wichtiger sei es, sich angesichts der Repression nicht vereinzelt zu lassen, sondern weiter Aktionen zu planen, die das Aneignen von Räumen fortsetzen oder zumindest politisch verteidigen.

Dass militante Aktionen nicht nur von der Bewegung, sondern auch von den Beteiligten selbst einiges abverlangen, wird einige Zeit später deutlich. Einer der Angeklagten, für den in jedem Fall das Erwachsenen-Strafrecht gilt, macht vor Gericht eine Einlassung, in der er zugibt, im Haus gewesen zu sein und Gegenstände auf Polizisten geworfen zu haben. Einige Autonome halten diese Einlassung für einen großen Fehler und machen dem Angeklagten zahlreiche Vorwürfe. Er habe durch sein Geständnis indirekt auch den Druck auf die anderen Angeklagten erhöht, nun ihrerseits ebenfalls auszusagen. Die Gruppe sei dadurch gespalten worden; während sein Verurteilungsrisiko eventuell sinke, sei es für die übrigen Beschuldigten gestiegen. Insgesamt wird dem Angeklagten Egoismus vorgeworfen:

»Eine Prozessstrategie, die nur zum Ziel hat um jeden Preis eine individuelle Verurteilung zu verhindern und dabei politische Zielsetzungen ignoriert und kollektive Strukturen untergräbt, hat in politischen Prozessen keinen Raum. Politische Prozesse sind keine Privatangelegenheit. [...] Beschuldigte, die sich einzig um ihre Zukunft sorgen

<sup>95</sup> Einige Menschen in Solidarität: In Bewegung kommen ... Über die Abgründe der Solidarität. In: *Zeck* 184\_2015, S. 11-13, hier S. 12.

<sup>96</sup> Einige Menschen in Solidarität, S. 13.

und dafür kollektive Diskussionen negieren, stellen sich außerhalb jeder politischen Dimension.«<sup>97</sup>

Zusätzlich sei die Einlassung ein Schlag ins Gesicht für all jene politischen Angeklagten, die in ihren Prozessen konsequent geschwiegen hätten und dafür verurteilt und eingesperrt worden seien. Die AutorInnen appellieren, sich vor der Beteiligung an einer Aktion über die möglichen Konsequenzen Gedanken zu machen und die Risiken sorgfältig abzuwägen: »Wenn die angedrohten Konsequenzen wie Knast nicht aushaltbar erscheinen, ist es nicht sinnvoll, sich an Aktionen zu beteiligen, die genau das bedeuten können. [...] Niemand fährt gerne ein, erträgt gerne eine Bewährung oder bezahlt gerne eine saftige Geldstrafe. Aber in dem Moment, in dem wir den Staat herausfordern, wird er mit seinen Mitteln zurückschlagen. Eine individuelle Strafe ist immer nur ein Teil von Repression. Jede mögliche Verurteilung hat eine politische Dimension, die in der Zukunft auf andere wirken soll. Ein individueller Umgang mit dieser Bedrohung, orientiert an individuellen Bedürfnissen und Ängsten, untergräbt einen solidarischen und kollektiven Umgang miteinander.«<sup>98</sup>

### 9.3 Zweifel an der Politik der ersten Person

Eine Unzufriedenheit mit bestimmten Aspekten der linksradikalen Kultur wird immer wieder thematisiert und aufgegriffen. Dabei geht es um die Frage, warum sich stetig Menschen aus der Szene verabschieden, warum also offenbar kaum jemand länger als ein paar Jahre autonom leben möchte. Interessanterweise wird häufig eine mangelnde Lernfähigkeit der Szene als Grund genannt: Die Szene sei einfach unfähig, sich auf veränderte Umstände einzustellen, stattdessen halte man sich an Dogmen und Überzeugungen vergangener Tage fest, die nicht zu hinterfragen seien. Ein zentraler Konflikt sei beispielsweise, dass die Anforderungen, die eine konsequente linksradikale Einstellung im eigenen Alltag bedeute (beispielsweise hinsichtlich von ›korrekten‹ Konsumententscheidungen, der Bereitschaft zu Lohnarbeit, der Organisation von Kindererziehung o.Ä.), und die eigene Lebensrealität für viele Szeneangehörige häufig zu stark auseinanderfallen. Daher wird in den Klagen über die Krise der Autonomen dieser Punkt häufig als wichtiger Grund für die nachlassende Bindungskraft der Szene genannt:

»Wenn allerorten Leute der Szene den Rücken kehren, liegt das nicht nur an deren mangelndem Bewußtsein und der Integrationsfähigkeit des bürgerlich-kapitalistischen Systems. Wo die eigene widersprüchliche Lebensrealität keinen Platz in der Politik findet und auf Fragen mit Dogmen geantwortet wird, ist auf Dauer kein Platz für eine emanzipative Politik.«<sup>99</sup>

---

97 So'n paar autonome Sturköpfe: Zur Einlassung eines Beschuldigten im Breite Straßen Verfahren. In: *Zeck* 193\_2016, S. 6.

98 Ebd.

99 Kanalo & Co: The missing Link ... Über kulturelle Unterschiede und Sofaeken. In: *Zeck* 52\_1996, S. 4.

Immer wieder findet sich auch die Forderung, über diesen Punkt gemeinsam zu diskutieren, um aus der regelmäßigen Abkehr von AktivistInnen zu lernen und eine längere Zugehörigkeit zur Szene zu ermöglichen.

Auffallend sei der zumeist schrittweise und sehr leise verlaufende Rückzug aus den Szenestrukturen. Die meisten würden ihre Entfremdung von der Szene nicht ausführlich thematisieren oder im größeren Rahmen diskutieren, obwohl vermutlich nicht nur individuelle Gründe eine Rolle spielen, sondern viele Szeneangehörige ähnliche Probleme hätten. Es sei daher falsch, die Gründe für einen Ausstieg bei den individuellen AussteigerInnen zu suchen, sondern im Gegenteil müsse sich die Szene selbst stärker mit den eigenen Unzulänglichkeiten befassen:

»Dabei wollen wir weder die Gründe für den Ausstieg aus den Strukturen der ›revolutionären Linken‹ in der mangelnden politischen Überzeugung bei den betreffenden Menschen suchen, noch ihnen unterstellen, daß sie bloß den Verlockungen des ›verhaßten Systems‹ erlegen seien. Vielmehr wollen wir die Kritik umdrehen. D.h., das Ziel unserer Veranstaltung ist, die autonome Szene (und damit auch uns selber, die wir zwar zunehmend distanziert, aber immer noch ein Teil dieses Haufens sind) zu kritisieren und dafür zu plädieren, nicht so weiter zu machen.«<sup>100</sup>

Wenn immer mehr Leute keine längerfristige Perspektive in der eigenen linksradikalen Politik sähen, sei das ein deutliches Zeichen dafür, dass mit der Politik etwas nicht stimme und man sich – in Teilen – von ihr verabschieden müsse. Ein Problem sei, dass die eigenen Utopien blind für die eigene Reproduktion von Verhältnissen seien, die in ihnen eigentlich nicht mehr vorkommen sollten. Statt sich gemeinsam damit auseinanderzusetzen, wie man das richtige Leben im falschen eigentlich konkret leben könnte, werde dies allen AktivistInnen selbst überlassen:

»Wir sehen, daß sich die Strategie in der Szene oftmals in einem ›damit mußt Du dich aber mal auseinandersetzen‹ erschöpft und es wenig Vorstellungen davon gibt, wie die Dialektik zwischen persönlicher und gesellschaftlicher Veränderung denn genau vonstattengehen soll.«<sup>101</sup>

Die Kombination aus hehren und weitreichenden politischen Ansprüchen und der eigenen Verstricktheit in widersprüchliche Lebensrealitäten und Machtverhältnisse führe letztlich zu einer Überforderung der AktivistInnen, die oftmals nur einen Rückzug ins Private als Option sähen. Dieses individuelle Scheitern müsse in ein kollektives Problem übersetzt werden, um gemeinsam darüber nachzudenken, neue Formen der Politik zu entwickeln, die weniger Konflikte zwischen Anspruch und Wirklichkeit beinhalteten. Eine ganze Reihe von Fragen dränge sich auf: Wie sollte man mit konkreten Machtverhältnissen umgehen, wenn doch eigentlich Herrschaftsfreiheit angestrebt werde? Ist das Konzept der »Gegenmacht von unten« dafür geeignet, oder reproduzierten sich so Machthierarchien, die man eigentlich überwinden wollte? Auch die Ebene der Identität sei kompliziert: Haben kollektive Identitäten tatsächlich ein revolutionäres Potenzial, oder produzierten sie lediglich neue Ausschlüsse und somit neues Unrecht?

100 Euer Club: ... manchmal muss man fragen, um sie zu verstehen. In: *Zeck* 59\_1997, S. 13f., hier S. 13.

101 Ebd.

Der Anspruch der Autonomen, sich ganz und gar der Politik zu verschreiben, Privates und Politisches zu verbinden und voll und ganz in der Szene aufzugehen, sei ebenfalls ein Punkt, der viele zum Ausstieg aus der Szene treibe.

»Gerade die Geschlossenheit der Szene macht auf eine Art ihren Reiz aus, das Ganz- oder-gar-nicht-Dabeisein, alle Freund-, Feind- und Liebschaften in ihr finden zu können, aber genauso ist das auch das Abschreckende, nämlich das befriedet sein müssen, das funktionieren müssen, ständig präsent, schlau, angesehen, gesund und wütend ›auf's System‹ sein zu müssen – oder sonst rauszufallen.«<sup>102</sup>

Letztlich liege hier ein inhärenter Widerspruch, mit dem die Szene sich stärker auseinandersetzen müsste: einerseits ein Kollektiv zu sein, mit dem man für das Gute und gegen die Unerträglichkeit der herrschenden Verhältnisse kämpfen könne, und andererseits eben ein Teil dieser Verhältnisse zu sein und etliches, was man eigentlich bekämpfe, in den eigenen Strukturen, Utopien und Ideen zu reproduzieren. An diesem Punkt entstehe also gleichzeitig Attraktivität und Frustration, weshalb es überfällig sei, sich ausführlicher damit zu beschäftigen.

Das Verhältnis von äußerer Zwängen und innerer Befreiung soll auch in einer späteren Diskussionsveranstaltung eingehender besprochen werden. Grundlegend habe die autonome Bewegung mit ihrer Politik der ersten Person darauf reagiert, dass sich Herrschaftsverhältnisse nicht nur im Großen, sondern auch im Kleinen reproduzierten und folglich auch dort bekämpft werden könnten. Dieser Versuch, das richtige Leben im falschen zu führen, habe aber auch seine Schattenseiten: »Der Betroffenheitsimperativ stieß an Grenzen, die Politisierung des Privaten wurde zur Privatisierung von Politik. Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit führten individuell oft zum Ausstieg aus der Bewegung.«<sup>103</sup> Die Politik der ersten Person habe also zwei verschiedene Konsequenzen: Entweder den Ausstieg aus der Bewegung insgesamt oder den Rückzug vieler einzelner Gruppen in ihre jeweiligen Spezialgebiete, oft verbunden mit einer spezifischen kollektiven Identität (als Frauen, MigrantInnen, Trans- oder Intermenschen usw.), die zum Ausgangspunkt des politischen Handelns werde.

## 9.4 Kritik an Hierarchien und BewegungsmanagerInnen

Immer wieder wird die Herausbildung von informellen Hierarchien kritisch angemerkt – ist doch der politische Anspruch an die eigene Bewegung eigentlich ein anderer. Dennoch scheint diese Entwicklung unvermeidlich, da sie eine Konsequenz aus der Organisationskultur der Szene ist: Keine festen Regeln, keine Verbindlichkeiten, keine Hierarchien sorgen häufig für ein eher geringes Maß an Verbindlichkeit bei der politischen Arbeit. Anfallende Aufgaben (und dabei insbesondere die regelmäßig zu erledigenden Alltagsarbeiten) bleiben daher meist an einer relativ kleinen Gruppe von AktivistInnen hängen. »Einige wenige müssen viel erledigen, damit der Laden läuft und geraten so quasi automatisch in eine Situation, in der sie mehr entscheiden

<sup>102</sup> Euer Club, S. 14.

<sup>103</sup> O.A.: Zurück in die Zukunft. Die Linke und »1989«. In: Zeck 97\_2001, S. 10f., hier S. 11.

als andere, die sich nicht derart beteiligen.«<sup>104</sup> Gleichzeitig entsteht auf diese Weise schnell eine relativ exklusive Gruppe von Eingeweihten, die aus der Perspektive der übrigen Szeneangehörigen oft als Machtclique oder Führungszirkel wahrgenommen wird. Im seltensten Fall wird eine solche Position jedoch stillschweigend akzeptiert – üblicherweise wird die Autorität dieser Zusammenhänge vehement kritisiert und bekämpft. Solche Konflikte neigen dazu, sich schnell zu verfestigen und in einer destruktiven Dynamik zu eskalieren. Normalerweise beginnen KritikerInnen dieser Hierarchien im Laufe des Konflikts, sich frustriert aus den Strukturen zurückzuziehen, was dann wiederum als Beleg dafür gesehen wird, dass die Führungsgruppe unliebsame KonkurrentInnen verdrängt, unterdrückt und ausschließt.<sup>105</sup>

Umstritten in diesen Konflikten ist zumeist, welche Gruppe die Minderheit ist und welche die Mehrheit. KritikerInnen der informellen Hierarchien werden oft als zuschauende Minderheit dargestellt, die kein Interesse an dauerhaftem Engagement habe und dennoch erwarte, dass ihre Interessen berücksichtigt werden. Die Machtcliques werden ebenfalls oft als zahlenmäßig geringe Elite angegriffen, die ihre Partikularinteressen auf Kosten der Mehrheit durchsetze. Zum Teil werden aber auch Mehrheiten in einem Plenum oder einer Gruppe kritisiert, weil sie nicht mehr bereit seien, über bestimmte Dinge zu diskutieren, sondern einfach qua Majorität ihre Position durchsetzen würden. Basisdemokratische Konsensbildung könne eine Möglichkeit sein, auf solche Entwicklungen zu reagieren, allerdings werden diese Konzepte in der Praxis zumeist als nicht funktionsfähig abgelehnt. Dies zeigt sich u.a. auch beim Flora-Plenum, wo das Konsensprinzip in konkreten Auseinandersetzungen immer wieder außer Kraft gesetzt wird.

Eine spezifische Form der weitverbreiteten Kritik an Elitenbildung und Hierarchien ist der Vorwurf, dass diese Eliten nicht mehr den Idealen der Bewegung verbunden seien. Sie seien nicht mehr an Veränderung interessiert und »satt« geworden, nicht mehr bereit, alles aufs Spiel zu setzen und das gesamte System fundamental infrage zu stellen. Was sie tun, täten sie nur noch halbherzig, mehr oder weniger aus Tradition und Routine, aber nicht mehr, weil sie wirklich daran glaubten. Diese Diskursfigur wird häufig – durchaus abwertend gemeint – als »BewegungsmanagerInnen« bezeichnet.

»Überall in Europa sehen sich die unversöhnlichen Elemente von Bewegungen mit Bewegungsmanager\*innen konfrontiert, die zwar radikales Vokabular einsetzen, deren Handlungen und Analysen aber nur in eine Richtung zeigen, Kompromiss und Herrschaftssicherung von links.«<sup>106</sup>

Dieser Vorwurf findet sich immer wieder auch gegen die Rote Flora gerichtet, obgleich er dort natürlich zurückgewiesen wird. Auf eine dementsprechende Kritik nach einer Demonstration im April 2014 äußert die Zeck-Redaktion Unverständnis: »Und by the way, auch wir sind Teil der Flora Strukturen und deshalb aus eurer Sicht jetzt alles

104 JES: Wo einige nicht verstehen wollen. Oder: wie man persönliche Interessen als Kritik an FSK verkauft. In: Zeck 134\_2006, S. 12f., hier S. 13.

105 Vgl. dazu z.B. einen Konflikt im FSK: RadioAktiv u.a.: Wo einige gleicher sind. Kritik an FSK. In: Zeck 133\_2006, S. 15f.

106 Autonome Gruppen: Lieber heute als morgen desertieren – raus aus Normierung, Rassismus und Kapitalismus – für ein anderes Leben. In: Zeck 197\_2017, S. 8-10, hier S. 10.

Bewegungsmanager\_innen und Berufsaktivist\_innen? Gut zu wissen, das war uns noch nicht so klar.«<sup>107</sup>

Anlass ist eine Abrechnung mit dem Verlauf einer Demonstration »Für die soziale Revolte« in Hamburg. Die AutorInnen kritisieren darin alles, was sie für eine inkonsequente und korrumptierte Haltung der radikalen Linken halten. Das beginne bereits bei der Anmeldung der Demonstration: »Es ist Teil unserer Haltung, dass wir uns von niemandem vorschreiben, erlauben bzw. verbieten lassen, wann wir wo mit wem und wie z.B. langlaufen, demonstrieren, Flyer verteilen etc. [...] Wir sehen diese Demo-Anmeldung auch als eine Kooperation an!«<sup>108</sup> Zumeist werde an dieser Stelle eingewendet, dass die Anmeldung einer Demonstration den Teilnehmenden eine gewisse Sicherheit gebe und dass nur eine Anmeldung garantiere, dass die Demo auch tatsächlich stattfinden könne, weil die Bewegung aktuell nicht in der Lage sei, unangemeldete Demonstrationen gegen den Widerstand der Polizei durchzusetzen. Diesen Einwand wollen die AutorInnen nicht gelten lassen: »Wenn wir jedoch von ›Bewegungsmanagern‹ schon von vornherein Stärke, Wut oder auch Ohnmacht abgesprochen bekommen und uns das auch absprechen lassen, dann halten wir das für die eigentliche Schwäche.«<sup>109</sup> Stattdessen müssten wieder mehr unangemeldete und spontane Aktionen versucht werden, auch wenn sie letztlich scheitern sollten.

Den BewegungsmanagerInnen wird zudem eine befriedende Haltung vorgeworfen, die die Wut der Demonstrierenden einhegen und in bestimmte vorgeplante Bahnen lenken wolle:

»Doch das was wir gesehen haben, war keine Demo, die unversöhnlich gegenüber den autoritären Verhältnissen sein wollte, sondern es schien so als ob die meisten lieber ein friedliches und symbolisches ›Zeichen setzen‹ wollten. Selbst als es am wenigen Stellen zu verbalen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Demoteilnehmer\_innen und Bullen kam, schritten u.a. einzelne ›Szene‹-Aktivisten befriedend ein, die somit die Funktion eines Ordnungshüters übernahmen.«<sup>110</sup>

Die Kritik an den BewegungsmanagerInnen steigert sich im Laufe des Beitrags zu einer wütenden Ablehnung ihrer Mitwirkung:

»Am verstörensten und zugleich lächerlich fanden wir den Aufruf der Kampagne ›Flora bleibt unverträglich‹ [...]. Die selbstbezogenen Berufaktivist\_innen des selbsternannten Flora-Plenums und des Plenums der Kampagne ›Flora bleibt unverträglich‹ konnten es sich wiedermal nicht nehmen lassen ihren spießigen Senf dazu zu geben und haben den Versuch gestartet, einen Aufruf zur Revolte zu verfälschen und zu vereinnahmen für einen reformistischen und legalistischen Weg, der in gewohnt akademisch-distanzierter Weise Forderungen an Politik und Staat stellt [...]. Wir haben die Schnauze voll von den ›allwissenden‹ Berufs-Aktivist\_innen in ihren Teilbereichskämpfen und ei-

<sup>107</sup> Redaktion: Vorwort der Redaktion. In: *Zeck 175\_2013*, S. 2.

<sup>108</sup> Einige Individuen: Für die soziale Befriedung, äh Revolte ...! Einige Gedanken zur Demonstration »Für die soziale Revolte«. In: *Zeck 175\_2013*, S. 15-17, hier S. 15.

<sup>109</sup> Ebd.

<sup>110</sup> Einige Individuen, S. 16.

nigen dominierenden Bewegungsmanagern die hin und wieder vorausgeschickt werden.<sup>111</sup>

Ein wirklich befreites Leben müsse nicht nur mit Polizei, Gesetzen, Normen und dem Staat brechen, sondern auch mit allen BewegungsmanagerInnen und anderen ExpertInnen, »die meinen, sie könnten mittels autoritärer Verhaltensweisen/Strukturen anderen ihre heuchlerischen Moralvorstellungen aufdrängen.«<sup>112</sup> Ein solcher Berufsaktivismus habe sich auch in vielen Hausprojekten festgesetzt. Die AutorInnen fordern daher einen Bruch mit den eigenen Eliten und begründen dies interesseranterweise auch mit dem Hinweis, dass diese Eliten Konflikte und Auseinandersetzungen innerhalb der Szene einhegen würden, um ihre eigene Machtposition abzusichern: »Wir werden mit allen brechen, die nicht damit aufhören konfliktreiche Auseinandersetzungen zu unterbinden und Bedürfnisse und Initiativen mit Füßen zu treten, nur um einen ›eigenen Szene-Frieden‹ zu wahren und ihre Dogmen nicht hinterfragen zu müssen.«<sup>113</sup> Die Unfähigkeit der Szene, aus ihrer Geschichte zu lernen, wird hier also mit der Rolle der älteren, etablierten Szene-Eliten erklärt, die nicht mehr bereit seien, ihre eigenen Wahrheiten weiter hinterfragen zu lassen.

## 9.5 Zwischenfazit: Wo, wie und was wurde in Auseinandersetzungen um Organisationsformen und Strategien gelernt?

Auch zum Ende dieses Kapitels sollen die zentralen Lernprozesse im Themenfeld Organisationsdebatten rekapituliert und auf ihre spezifischen Besonderheiten hin überprüft werden. Was ist das Besondere in den Debatten über Organisationsformen? Welche Lernprozesse sind erkennbar? Welche Aspekte linksradikaler kollektiver Identität stehen überhaupt zur Disposition und welche identitären Umdeutungen finden statt?

Auffallend in diesem Themenfeld ist zunächst der immer wieder explizit formulierte Anspruch, als linke Szene aus der eigenen Vergangenheit und den bereits gemachten Fehlern lernen zu wollen. Das Muster dieses Appells ist immer gleich: Den eigenen politischen Zusammenhängen wird eine mehr oder weniger ausgeprägte Unfähigkeit zum Lernen vorgeworfen, die insbesondere mit der mangelnden Weitergabe von Wissen erklärt wird. Zentrale Probleme bei diesem nicht stattfindenden Wissenstransfer sind aus Sicht der AktivistInnen verschiedene Aspekte autonomer Kultur: die Spontaneität, fehlende Verbindlichkeiten und Absprachen, die Ablehnung von starren Organisationen, allgemeine Unzuverlässigkeit, eine ständig wechselnde personelle Zusammensetzung der Gruppen, die Anonymität der Szene, die schlechte Kommunikation zwischen verschiedenen Gruppen und Strömungen und die oftmals fetischisierte Abschottung voneinander. All das führt in der Konsequenz dazu, dass es der Szene kaum gelinge, von den Erfahrungen anderer Gruppen oder vorheriger AktivistInnen-Generationen zu lernen und ein gemeinsames kollektives Wissen aufzubauen.

<sup>111</sup> Einige Individuen, S. 16.

<sup>112</sup> Einige Individuen, S. 17.

<sup>113</sup> Ebd.

Die Konsequenzen dieser ausbleibenden Lernprozesse werden als gravierend beschrieben: So werde zum einen die gemeinsame politische Arbeit unnötig erschwert, weil beispielsweise bestimmte grundlegende Diskussionen immer und immer wieder geführt oder zurückliegende praktische und theoretische Fehler ständig wiederholt würden. Zum anderen wird die mangelnde Lernfähigkeit der Szene, also die Unfähigkeit, einen Missstand wahrzunehmen, das eigene Handeln zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen, auch für individuelle Frustrationen und den schleichenden Abschied vieler AktivistInnen von der radikalen Linken verantwortlich gemacht. Viele ehemals Aktive würden der Szene irgendwann den Rücken kehren, weil diese nicht in der Lage sei, auf bestimmte, bereits jahrelang bekannte Missstände zu reagieren. So würden die individuellen AktivistInnen beispielsweise mit dem grundlegenden Konflikt zwischen alltäglicher Lebensrealität und utopischen Ansprüchen alleingelassen. Statt kollektiv zu überlegen, wie man mit dieser Diskrepanz gemeinsam umgehen könnte, sei jede(r) selbst gefordert, einen Umgang damit zu finden. Die Szene sei unfähig, eine adäquate Antwort auf die Frage zu finden, ob es ein richtiges Leben im falschen geben könne und, falls ja, wie dieses Leben aussehen müsste. Die kollektive Konsequenz sei ein stetiger Rückzug in die eigene Nische; auf der individuellen Ebene drohe nach einigen Jahren anstrengenden Umgangs mit dem Dilemma schließlich die Rückkehr in den Schoß der bürgerlichen Gesellschaft.

Natürlich fällt sofort auf, dass einige der hier beklagten Hindernisse für effektiveres Lernen die Konsequenz der Kernkonzepte autonomer Bewegungskultur sind, was eine Abkehr von diesen Prinzipien trotz aller Kritik daran nicht eben wahrscheinlich macht. Trotzdem gibt es immer wieder Versuche, Strukturen und Institutionen einzurichten, die eine bessere Weitergabe von Erfahrungen und einen effektiveren Austausch von bereits vorhandenem Wissen ermöglichen sollen. Autonome Vollversammlungen oder die sporadisch stattfindenden Autonomen Kongresse sind Versuche, einen solchen Rahmen für kollektives Lernen bereitzustellen – an diesen Beispielen und ihrem Scheitern zeigt sich aber zugleich, dass auch diese Hilfsmaßnahmen alles andere als Selbstläufer sind. Alle Versuche, eine dauerhafte Struktur der Wissensvermittlung zu etablieren, scheitern letztlich an dem ihnen inhärenten Konflikt mit der autonomen Organisationsform. Zumeist gelingt es aufgrund ständig wechselnder Zusammensetzungen und fehlender Verbindlichkeit von Entscheidungen nicht einmal, einen festen Arbeitsmodus von Vollversammlungen abzustimmen, vom Einfluss der Diskussionen dort auf die tatsächliche praktische autonome Politik ganz zu schweigen.

Die praktischen Formen des kollektiven Wissensaustauschs werden auch deswegen immer wieder ausprobiert, weil sie den normalen schriftlichen Aushandlungsmodus der Szene um einen Austausch von Angesicht zu Angesicht ergänzen. Obgleich an der üblichen schriftlichen Kommunikation die Anonymität geschützt wird, die staatliche Repressionen erschwere, sehen die AktivistInnen in dieser Form des Austauschs auch eine Reihe von Nachteilen. So sorge die schriftliche Austragung von Debatten für ein insgesamt langsames Tempo der Auseinandersetzung und setze auch die Hürden zur Teilnahme unnötig hoch: Zunächst müsse sich jemand von einem schriftlichen Beitrag ausreichend angesprochen fühlen, um überhaupt einen eigenen Beitrag zu verfassen. Und obgleich Anonymität vor Verfolgung schützen könne, verursache sie gleichzeitig eine Unverbindlichkeit und Wirkungslosigkeit der Debatten, die zumeist ohne

erkennbare AdressatInnen und ohne zuordnungsbare SenderInnen auskommen müssten. Darüber hinaus sorge sie auch für ein insgesamt gesteigertes Level von Polemik – die Bereitschaft, sich auch auf andere Meinungen einzulassen, sei in einer anonymen schriftlichen Debatte um ein Vielfaches geringer als bei *Face-to-Face*-Unterhaltungen.

Die Institutionalisierungsversuche der autonomen Szene sind also Versuche, kollektives Lernen zu ermöglichen, scheitern aber regelmäßig an ihrer Unvereinbarkeit mit zentralen Kernwerten der Szene. Hier zeigt sich abermals ein grundlegender Konflikt, der sich durch die linksradikale Szene zieht: Es gibt Gruppen, aus deren Sicht eine gesteigerte politische oder gesellschaftliche Relevanz der radikalen Linken das handlungsleitende Ziel sein sollte. Diese Gruppen leiden am meisten unter der ständigen Wiederholung von Fehlern und sie sind daher auch am ehesten bereit, von einigen Prinzipien und Ansprüchen autonomer Politik Abstand zu nehmen. So argumentieren sie beispielsweise für eine stärkere Verbindlichkeit von Entscheidungen, für die Einrichtung von festeren Strukturen in der Szene oder für eine stärkere Arbeitsteilung zwischen autonomen Gruppen, was in der Konsequenz zum Teil sogar auf ein System der Delegation und damit eine Abkehr von der Politik der ersten Person hinauslaufen würde. Auf der anderen Seite stehen Gruppen, für die ein konsequentes Festhalten an den Prinzipien der Autonomie entscheidend ist, die sich instinktiv gegen jede Tendenz zur Institutionalisierung wehren und auf ihrem Recht bestehen, ihre eigenen Fehler und Lernprozesse zu machen, ohne sich von anderen von vornherein sagen zu lassen, was richtig und was falsch sei.

Somit wird auch in diesem Themenfeld immer wieder über die Rolle der Autonomen und radikalen Linken insgesamt debattiert. Die Kernfrage laute, ob die Autonomen gesellschaftliche Relevanz anstreben, sich öffnen und in existierende Konflikte einbringen wollen, oder ob sie sich lieber abschotten und zurückziehen wollen, um möglichst radikal und unversöhnlich zu bleiben.

Neben diesem Konflikt zwischen PragmatikerInnen und TraditionalistInnen wird immer wieder ein Generationenkonflikt innerhalb der autonomen Szene thematisiert, der ein Lernen aus der Vergangenheit unmöglich mache. Dieser Konflikt wird gemeinhin als besonders hinderlich empfunden, weil regelmäßig gefordert wird, dass das Wissen älterer AktivistInnen bei der Ausrichtung heutiger Politik berücksichtigt werden müsse: »Um vorhandenes Wissen nicht museal zu bewahren, sondern zum Teil sozialer Konflikte werden zu lassen, sind Bemühungen zur Weitergabe eigener Erfahrungen dringend erforderlich.«<sup>114</sup> Umso ärgerlicher ist daher für viele Szeneangehörige, dass die Vermittlung von Wissen zwischen den verschiedenen Generationen von AktivistInnen nur schleppend vorangeht.

Allerdings werden in diesem Zusammenhang zwei unterschiedliche Probleme identifiziert: Einerseits misslinge es, die Erfahrungen und das Wissen der älteren Generationen an nachfolgende AktivistInnen weiterzugeben, was mit einer nicht vorhandenen Bereitschaft der Jüngeren, sich etwas sagen zu lassen, erklärt wird. Impulse von älteren AktivistInnen würden häufig instinktiv als Einmischung oder Bevormundung zurückgewiesen, ganz ähnlich, wie schon im Themenfeld Militanz herausgearbeitet wurde

<sup>114</sup> Gruppe Theorie zur Praxis: Von der Schwierigkeit, mehr als eine Subkultur zu sein. In: Zeck 187\_2015, S. 18f., hier S. 18.

(vgl. Abschnitt 6.1). Andererseits wird eine zweite Lernblockade beklagt: So würden sich die älteren Generationen weigern, ihre eigenen Wahrheiten nochmals zu hinterfragen. Auf diese Weise würden sie die internen Auseinandersetzungen oft blockieren und auch dann noch an überkommenen Überzeugungen festhalten, wenn sich deren Schwächen und Unzulänglichkeiten längst gezeigt hätten. Einmal wird die Lernschwäche der Szene also mit der mangelnden Offenheit der jüngeren, beim anderen Mal mit der Sturheit der älteren Generationen erklärt.

Bei der Diskussion über die mangelnde Wissensweitergabe ist besonders interessant, dass die zumeist implizit ablaufenden Feed-Back-Lernprozesse, die in den vorangegangenen Kapiteln herausgearbeitet wurden, an dieser Stelle aus der Bewegung selbst heraus nicht erkannt werden. Die ständige Wiederholung von Debatten wird als Schwäche der eigenen Szene und als Unfähigkeit zu lernen wahrgenommen, nicht als notwendige Gelegenheit, existierende Wissensstände weiterzugeben und zu verfestigen. Die Forderungen nach verbindlicheren Formen der Wissensweitergabe, die in den Diskussionen um Organisationsformen immer wieder formuliert werden, fokussieren also stark auf explizite Lernprozesse und tendieren dazu, die impliziteren Formen des kollektiven Lernens auszublenden. Statt als lähmend und lästig könnten die AktivistInnen die regelmäßige Wiederholung von Debatten also auch als notwendige Stabilisierung der eigenen kollektiven Identität sehen.

Die Diskussionen über die eigene Demonstrationskultur sind ein gutes Beispiel für eine relativ offene Debatte, in der Lernprozesse mehr oder weniger gut möglich sind. Der Grund dafür liegt in der Reichweite des Lernprozesses: In den Diskussionen über Demonstrationskultur werden zentrale Werte der Bewegung nicht oder nur äußerst eingeschränkt infrage gestellt, die gemeinsam verfolgten Ziele werden nicht aufgegeben und, wenn überhaupt, nur geringfügig modifiziert. In diesen Diskussionen geht es in der Hauptsache lediglich um die strategischen Wege, auf denen die konstanten politischen Ziele erreicht werden sollen. Es handelt sich also – anders als beispielsweise bei Diskussionen um Sexismus oder Antisemitismus – um Ein-Schleifen-Lernprozesse, bei denen lediglich die eigenen Instrumente politischen Handelns angepasst werden, ohne grundlegende Ziele oder Werte der Bewegung zu hinterfragen.

Auch der Lernanlass ist bei den Diskussionen über Demonstrationen weniger umstritten als in anderen Feldern. Während es im Themenfeld Antisemitismus meist um die Skandalisierung eines Vorfalls geht, dessen skandalträchtiger Kern von der Gegenseite bereits nicht anerkannt wird, kann bei der Kritik an Demonstrationsformen auf einen gemeinsamen Gegner verwiesen werden: Meist wird der Wunsch nach Veränderungen der eigenen Demonstrationen aus einer strukturellen Unterlegenheit gegenüber der Polizei begründet. Während die eigene Szene an mittlerweile überholten Konzepten und Ritualen festhalte, sei bei der Polizei die systematische Auswertung ihrer Erfahrungen und die stete Verfeinerung der eigenen Mittel schon lange an der Tagesordnung. Um also bei einem der typischsten Instrumente linker Politik nicht von vornherein im Nachteil zu sein, wird auch eine linke Auswertung der eigenen Erfahrungen mit Demonstrationsformen und -aktionen gefordert – was folglich auf weniger prinzipielle Einwände stößt als die Problematisierung und Skandalisierung von sexistischen oder antisemitischen Vorfällen in der Linken.

In der Organisationsdebatte zeigt sich insgesamt die größte Offenheit für Lernprozesse, weil die Frage des »Wie erreichen wir unsere Ziele« ausreichend Raum lässt für neue Impulse. Das eigene Verhalten kann hier leichter hinterfragt werden, ohne die zentralen Werte und die daran hängenden kollektiven Identitäten direkt infrage zu stellen. Anders als bei Sexismus, Antisemitismus und in gewisser Weise auch Militanz droht hier nicht unmittelbar die Exkommunikation aus der radikalen Linken, sondern die Bewegung ist weitaus offener dafür, aus vergangenen Erfahrungen zu lernen. Trotz dieser prinzipiellen Offenheit zeigt sich aber, dass die Umsetzung des kollektiven Lernens sehr viel komplizierter ist als die Forderung danach. Trotz der zahlreichen Forderungen nach neuen Demonstrationsformen bleibt die klassische autonome Demonstration (mit einheitlichem Auftreten, geschlossenen Blöcken und starker Ausrichtung an internen Bedürfnissen statt Außenwirkung) weiterhin der Normalfall. Ebenso scheitern die neuen Organisationsformen meistens schon nach wenigen Versuchen und ohne dass sich eine wirklich neue Organisationskultur hätte etablieren können. Nur weil in diesem Themenfeld das mangelnde Lernen beklagt wird und eine generelle Offenheit für Lernprozesse vorhanden ist, heißt das also noch nicht, dass auch tatsächlich mehr gelernt oder neues Wissen schneller in alltagspraktisches Handeln umgesetzt wird.

